

Information Diskussion

Nummer 265 · März 2014

mit **S|F** *aktuell*

KAB

KATHOLISCHE ARBEITNEHMER/INNEN
BEWEGUNG OBERÖSTERREICH

Wahlen zum
Europäischen Parlament
25. Mai 2014



Wir haben die Wahl!



Liebe Freundinnen und Freunde der KAB,

als ich – wie alle anderen wahlberechtigten ÖsterreicherInnen 1994 – befragt wurde, ob unser Land Teil der Europäischen Union werden sollte, antwortete ich mit einem überzeugten Nein.

Einer meiner Gründe für eine negative Antwort war damals die wirtschaftliche Ausrichtung der EU. Das Europa der Großkonzerne, das auch Landwirtschaft als industrielle Angelegenheit betrachtet, machte mir Angst in Bezug auf unsere kleinen Strukturen. „Können unsere Bauern mithalten mit den ‚Schlachtviehfabriken‘ aus den Niederlanden?“ stellte ich mir die Frage.

Wie ist das mit der Neutralität Österreichs und der Nähe der EU zur NATO? Das war eine weitere Unklarheit. Mir war der Zugang zu einseitig in Richtung Ökonomie, nach dem Motto: „Geht’s der

Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut“. All diese Bedenken habe ich seither nicht ausräumen können. Ich denke noch immer, dass wir in einem Europa der Tüchtigen und Fleißigen leben, wo Wirtschaftswachstum über allem steht. Das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, Umwelt und Sozialem geriet und ist gehörig in Schiefelage.

Was hat sich verändert seither? Eine Aussage des Ökonomen John Kenneth Galbraith brachte mich zum Umdenken: Je weiter Europa den Nationalismus hinter sich lässt, desto größer sind die Chancen für den Frieden. Noch nie in der Geschichte unseres Kontinents haben sich die Völker über eine so lange Zeit nicht die Schädel eingeschlagen. Ein gegenseitiges Kennenlernen

und Verstehen unterschiedlicher Kulturen über die eigenen Grenzen hinaus ermöglicht diesen Frieden längerfristig zu sichern – ein, wenn nicht das wesentliche Potential der Europäischen Union. Würde ich heute noch einmal zum Beitritt Österreichs befragt werden, meine Antwort wäre ein Ja.

Ich erachte es als notwendig, die Möglichkeit zu nützen, am 25. Mai 2014 die Wahl des Europäischen Parlaments wahrzunehmen.

Es ist unsere Aufgabe, Demokratie zu leben, sich mit den Programmen der aufgestellten Parteien auseinander zu setzen und einem gemeinsamen Europa eine Chance zu geben.

Christian Leonfellner

Inhalt

SCHWERPUNKT

Theologisches	
Europa geht anders	
Heidi Hurch-Idl	Seite 3
Europäische Union ...	
Judith Vorbach	Seite 4
EU-Wahl nutzen ...	
Severin Renoldner	Seite 5
Europa: Friedensprojekt oder ...	
Gunther Trübswasser	Seite 6–7
Meine Stimme für ...	
Margit Savernik	Seite 8
Meine persönliche Meinung	
Waltraud Wührer	Seite 8
Wählen warum?	
Hans Ortner	Seite 9
Was macht die EU mit ...	
Lisa Hofer	Seite 9
„Mein Kopf ist frei hier“	
Lydia Seemayer	Seite 10
KA-Kolumne	
Bert Brandstetter	Seite 10

Das Schreckgespenst ...

Andy Storey, David Walch Seite 11

Was sagt „die Politik“?

Maria Buchmayr,
Wolfgang Hatmannsdorfer,
Josef Weidenholzer Seite 12–13

Impuls

Herbert Kuri Seite 14

BERICHTE

„Was ich wirklich, wirklich ...“

Martha Stollmayer Seite 14–15

Einkaufen heißt (aus-)wählen

Elisabeth Zarzer Seite 15

Herbstblätter

Lore Kniewasser Seite 16

Jeder Tag – dein Tag

Edith Rohrhofer Seite 17

Personelles

..... Seite 17–18

Gute Arbeit ist Menschenrecht

Deklaration Seite 18

Berichte Wels

..... Seite 19

SERVICE

Filmtipp Seite 7

Buchtip Seite 13

Termine Seite 20

Hinweis: Dt. Katholikentag Seite 14

IMPRESSUM:

Kommunikationsorgan der Kath. ArbeitnehmerInnenbewegung Oberösterreich (KAB OÖ)

Medieninhaber: Diözese Linz, Herrenstr. 19, 4020 Linz

Herausgeber: KAB OÖ, Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz,

kabooe@dioezese-linz.at, www.mensch-arbeit.at

Verlagsort: Linz, Zulassungsnummer: GZ02Z031831M

Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG,

Römerweg 1, 4844 Regau, Herstellungsort: Regau

Redaktionsteam: Gudrun Bernhard, Herbert Kuri,

Heinz Mittermayr, Michaela Pröstler-Zopf, Margit Savernik,

Heinz Stricker, Martha Stollmayer, Andreas Ullmann,

Waltraud Wührer, Elisabeth Zarzer (Red.-Ltg.)

Titelbild: Edith und Kurt Rohrhofer

Fotoquelle: KAB OÖ, falls nicht anders angegeben

Korrektur: Edeltraud Feichtinger

Layout: Eva Hehenberger

Offenlegung gemäß § 25 MedienGesetz:

www.mensch-arbeit.at/offenlegung

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.



Heidi Hurch-Idl,
Betriebsseelsorgerin, Vöcklabruck

Europa geht anders – Solidarität „am Rande“ Europas

August 2013. Thessaloniki. Wir suchen unseren Weg durch den dichten Verkehr und finden einen Parkplatz nur 100 Meter entfernt von der „Klinik der Solidarität“.

Eine herzliche Begegnung mit Katerina Notopoulou, einer ehrenamtlichen Aktivistin der Klinik, Psychologin, selbst arbeitslos, von früh bis spät in verschiedenen Netzwerken politisch engagiert. Wir gehen durch die einfachen Räumlichkeiten der Klinik der Solidarität. Hier leisten über 300 ehrenamtliche ÄrztInnen, PflegerInnen und HelferInnen medizinische Erstversorgung für Menschen, die nicht mehr krankenversichert sind. Vor einigen Jahren noch hatte jeder Grieche, jede Griechin freien Zugang zum nationalen Gesundheitssystem. Heute sind bereits mehr als 30 % davon ausgeschlossen. Am Tag der Terminvergabe stehen die Menschen Schlange bis auf die Straße hinaus. „Essen kann man in Mülltonnen finden, Medizin nicht. Das war ein Grund, diese Initiative zu starten“, erklärt Katerina.

Die Sparpolitik der EU Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission hat Griechenland in eine folgenschwere soziale, politische und gesellschaftliche Krise geführt. Sie erzeugt unvorstellbare Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger und Obdachlosigkeit.

In dem Vielen, das uns Katerina in den Tagen erzählt und zeigt, bin ich zutiefst erschüttert vom Maß des Schreckens. Unvorstellbar. Diese Verelendung inmitten unseres Europas. Worte aus dem Buch Jesaja tauchen mir auf: „Ihr habt meinen Weinberg abgeweidet und in euren Häusern liegt das geraubte Gut der Armen. Was fällt euch ein, mein Volk zu zertreten, das Angesicht der Armen zu zermalmen?“ *Jes 3, 1-15*. „Wehe denen, die Gesetze des

Unheils machen, und den Schreibern, die Bedrückung schreiben, um die Schwachen vom Rechtsweg abzudrängen und die Armen meines Volkes ihres Rechtes zu berauben“ *Jes 10, 1-2*. Jesaja drückt in seinem prophetischen Reden die Empörung Gottes aus angesichts von wachsender Ungleichheit und der Abkehr von den Gesetzen Jahwes. Gott ist empört.

Viele Griechen und Griechinnen sind empört und wandeln ihre Empörung in tatkräftiges Engagement: Sie organisieren Märkte ohne Zwischenhändler, um Lebensmittel leistbar zu machen. Sie schließen sich zusammen in Nachbarschaftsgruppen zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, nicht zuletzt gegen den Hunger. Menschen sprechen mit Stromgesellschaften, um das Abschalten des Stroms zu verhindern und notfalls wird der Strom „illegal“ wieder angeschlossen, um Leben zu retten. Sie demonstrieren gegen die Privatisierung des Wassers von Thessaloniki, gegen die Kürzungen im Bildungssystem und bei Pensionen, gegen Massenentlassungen und vieles andere mehr. Athener Pfarren kochen täglich 10.000 Mittagessen für Obdachlose und Hungernde.

Vielfältiges Engagement

Was mich so ergreift: Hier verbinden sich ganz konkrete Hilfe für Menschen mit einem kraftvollen politischen Engagement; eine Praxis der Hände und Füße im Tun, im Praktizieren einer anderen Ordnung mit einer klaren prophetischen Analyse und einer Vision eines anderen Europas. Europa geht anders (www.europa-geht-anders.eu). Ich schöpfe Hoffnung. Kann von hier aus von den Menschen inmitten dieses Schreckens eine Veränderung Europas ausgehen? Kann sich Ohnmacht in gestaltende Macht verwandeln?



Klinik der
Solidarität

Die biblischen Propheten zeigen in aller Klarheit auf, dass die lebensfeindliche Anhäufung von Reichtum und unterdrückerischer Herrschaft Götzendienst sind. Eine Gruppe von Befreiungstheologen schreibt dazu: „Die zentrale Frage ist der Götzendienst als die Verehrung der falschen Götter des Systems der Unterdrückung. Tragischer als der Atheismus

ist der Glaube an die falschen Götter des Systems und das Hoffen auf sie. Jedes System der Unterdrückung kennzeichnet sich dadurch, dass es Götter schafft und Götzen hervorbringt, die Unterdrückung und Lebensfeindlichkeit heiligen.“ Letztes Ziel prophetischer Kritik ist es daher immer, die falschen Götter als Fetische zu entlarven, die das Leben der Menschen aussaugen (nach: Füssel, Hinkelammert).

Die so oft gehörten Begriffe von Rettungsschirm, Schutzschirm, Hilfgeldern und Hilfsstranchen entlarven sich angesichts der griechischen Realität als lebenszerstörende Instrumente einer menschenverachtenden Schuldknechtschaft. Wir wissen um die biblische Tradition des Schuldenerlasses. „Der europäische Sozialstaat hat ausgedient. Oberstes Ziel muss es sein, das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherzustellen“, verkündet Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank.

Worin wollen wir unser Vertrauen setzen? Worin gründet unser Vertrauen? Können wir vertrauen in die Kraft der Solidarität und der unumstößlichen Menschenwürde? Wächst das Rettende, so wie es Deuterocesaja poetisch in Worte malt? „Seht ich schaffe Neues; schon sprosst es auf. Merkt ihr es nicht? Fürwahr ich schaffe in der Wüste einen Weg und Pfade im öden Land“ *Jes 43, 19*. „Denn ich gieße Wasser über lechzendes Land und Bäche über ausgetrocknetes Erdreich. Ich gieße meinen Geist aus auf dein Geschlecht und meine Segen auf deine Sprösslinge. Sie sollen sprossen wie Gras, umgeben von Wasser, wie die Weiden an Wasserläufen.“ *Jes 44, 3-4*.

Wir tragen Verantwortung. Wir haben die Wahl. Wir haben die Wahl, worin wir unser Vertrauen setzen und worauf unsere Werte gründen. Wir haben die Wahl, ob wir Griechen und Griechinnen als faul bezeichnen oder von ihnen lernen wollen. Wir haben die Wahl, ob wir uns gestaltend einmischen für ein sozial gerechtes lebenswertes Europa, das alle sättigt und nährt und die Einhaltung elementarer Menschenrechte garantiert. ■



Europäische Union – Chancen und Gefahren

Während die Verankerung von Frieden zwischen den Staaten in Europa als großer humanitärer Fortschritt zu werten ist, stand die Entwicklung der europäischen Integration auch stets im Spannungsfeld unterschiedlichster Interessen.

In den letzten Jahrzehnten setzten sich vor allem wirtschaftsliberale Prinzipien durch. Heute liegt die größte Chance für eine positive Zukunft in Europa in einer Stärkung der europäischen Solidarität.

Friedenserhaltung als Gründungsgedanke

Nach jahrhundertelangen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa und nach zwei Weltkriegen war 1951 die Sehnsucht nach Frieden ein zentrales Leitmotiv bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Indem man diese kriegswichtigen Rohstoffe einer gemeinsamen supranationalen Organisation unterstellte, konnten die einzelnen Staaten nicht mehr isoliert ihre Rüstungsproduktion ankurbeln. Diese Rechnung und damit der Gründungsgedanke gingen auf. Es gelang, die historisch verfeindeten Staaten und Regionen in Europa zu einer friedlichen Entwicklung zusammenzuführen.

Stetige Vertiefung und Erweiterung

Die europäische Integration wurde fortentwickelt, wobei sich der Fokus schnell auf die Wirtschaft richtete. In den achtziger Jahren setzte man sich dann die „Vollendung“ des europäischen Binnenmarktes mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr sowie Niederlassungsfreiheit zum obersten Ziel. Gleichzeitig wurden immer mehr Staaten aufgenommen, sodass die EU heute mit über 500 Millionen Menschen einer der größten Wirtschaftsräume der Welt ist. Mit der Einführung des Euro vertiefte sich die wirtschaftliche Verflechtung weiter. Parallel dazu gelang es, zumindest schrittweise Verbesserungen im Arbeitsrecht zu erzielen. In der Europäischen Grundrechtscharta wurden soziale Grundrechte festgeschrieben. Auch im Bereich

der Gleichbehandlung zwischen Frauen und Männern und im Schutz vor Diskriminierung etwa aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit sind Erfolge zu verzeichnen. Die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit erlaubt es EU-BürgerInnen ohne weiteres eine unselbständige Beschäftigung in anderen Staaten aufzunehmen. Viele Jugendliche absolvieren auch auswärts Studienaufenthalte und Praktika. Reisen wird erleichtert aufgrund des Wegfalls von Grenzkontrollen und Währungstausch. Schließlich profitiert Österreich als kleiner, exportorientierter Staat wirtschaftlich stark.

Neoliberalismus und Nationalismus werfen Schatten

Die europäische Integration wurde von Beginn an aber auch von Spannungen begleitet, nämlich zwischen großen und kleinen Mitgliedsstaaten, Erweiterung versus Vertiefung, einem losen Staatenbund versus den „Vereinigten Staaten von Europa“ und einer politischen versus ökonomischen Schwerpunktsetzung. Gerade im Konfliktfeld zwischen Marktliberalisierung versus soziale Ziele kam es zu einer stärkeren Gewichtung der Interessen der Wirtschaftsseite, die sich in der hohen Priorität der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes ausdrückt. Obwohl die wirtschaftsliberale Ausrichtung Europa in die Krise führte, wurde dieser Kurs jüngst weiter beschleunigt, was sich in massiver Kürzungspolitik und übersteigter Wettbewerbsorientierung ausdrückt.

Aktuell ist man in weiten Teilen Europas konfrontiert mit schwacher Wirtschaftsentwicklung, hoher Arbeitslosigkeit, einer tiefen Kluft zwischen Arm und Reich und steigendem Druck auf soziale und demokratische Errungenschaften. Darüber hin-

aus wurden in den letzten Jahren wieder alte Vorurteile zwischen den Nationalitäten geschürt.

Für ein gemeinsames, solidarischeres Europa kämpfen

Ein Europa, das ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, Jugendlichen und sozial Bedürftigen am besten nützt, liegt abseits von neoliberaler Wirtschaftsdeologie, aber auch abseits von nationaler Spaltung. Werden die Menschen gegeneinander ausgespielt, ist dies der beste Nährboden zur schleichenden Durchsetzung von Sozialabbau bei den jeweils anderen – also in immer mehr Staaten und schließlich in Europa insgesamt. Die Senkung des Lohnniveaus und die Aushöhlung der Rechte bei den einen führt zu verstärktem Druck, zur Senkung des Lohnniveaus und Aushöhlung der Rechte bei den anderen.

Demgegenüber steht ein gemeinsames Interesse von hunderten Millionen EuropäerInnen an einer Sozial- und Wirtschaftspolitik, die sich faire Verteilung der Einkommen und Vermögen, Bekämpfung von Armut sowie ausreichende und gute Arbeitsplätze zum Ziel setzt. Gerade angesichts des großen gemeinsamen Marktes könnte auf starke innereuropäische Nachfrage, die sich aus hoher Beschäftigung und solider sozialer Absicherung ergibt, gebaut werden. Konkrete Ansatzpunkte wären auch ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm oder vermögensbezogene Steuern.

Die größte Chance liegt in einer Stärkung der europäischen Solidarität, sodass die Menschen sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam für ein soziales Europa eintreten. Anstatt sich von der europäischen Politik zurückziehen, gilt es sich einzumischen, und die Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung zu nutzen und für deren Ausbau zu kämpfen. ■





Severin Renoldner,
Leiter des Sozialreferates der Diözese Linz, Wartberg/Aist

EU-Wahl nutzen zur Neubelebung Europas

Die Wahl zum Europaparlament ist wichtig, obwohl das Europaparlament der Macht der nationalen Regierungen hintangestellt ist. Die EU wird nicht beherrscht vom EU-Parlament, sondern von den 28 Regierungen der Mitgliedsstaaten. Wenn die Regierungen nicht wollen geht gar nichts, auch nicht mit Mehrheit im EU-Parlament. Aber wer setzt sich für Änderung ein?

In den letzten zwei Jahrzehnten versuchten ParlamentarierInnen unzählige Male, eine Demokratisierung der EU zu erreichen, daher gab es zahlreiche neue EU-Grundlagenverträge: Maastricht, Amsterdam, Laeken, den EU-Konvent 2004, und Lissabon 2009. Wer verhinderte, dass es in der EU zu normalen Mehrheitsentscheidungen kommt, das waren die 12, dann 15, 25, jetzt 28 nationalen Regierungen. Manchmal auch eine Volksabstimmung (z. B. in Dänemark 1992).

Um ein EU-Gesetz zu beschließen, braucht es die Initiative der Kommission (die von den Regierungen eingesetzt wird). Danach bedarf es einer mehr als 60 %igen Mehrheit im Rat der nationalen Regierungen (mindestens 16 Mitgliedsstaaten, die zusammen mindestens 65 % der Bevölkerung umfassen). Und erst danach ist die Zustimmung des EU-Parlaments erforderlich. Immerhin, diese Mitwirkung des Parlaments wurde 1992-2009 schrittweise durchgesetzt!

Schwierige Weiterentwicklung

Es ist schwer, in der EU neue Gesetze, Bestimmungen etc. durchzusetzen, aber leicht, Gesetzesanträge zu blockieren. Eine gewisse Einzementierung des status quo, bzw. große Schwierigkeiten, ihn zu ändern, sind die Folge. Die EU-Mitgliedsstaaten haben, oft aus Populismus und mangelhafter Europabildung, zahlreiche Riegel vorgeschoben, damit nicht durch europäische Mehrheiten etwas geändert werden könnte, das ihrem nationalen (d.h. der Regierung genehmen) Interesse zuwider läuft.

Auch österreichische Regierungen taten sich immer wieder damit hervor, Blockaderechte, Sperrminoritäten, Einstimmigkeit in der EU zu verteidigen, angeblich

damit nichts über unsere Köpfe hinweg beschlossen werden kann – d. h. nichts, was unsere Regierung nicht möchte. Das ist aber nicht automatisch im Sinn der Menschen Österreichs!

Auch andere kleine Staaten verlegten sich darauf zu verhindern, dass „die Großen uns überstimmen“, anstatt die EU neu zu gestalten. Beim Vertrag von Lissabon forderten die Großen (Deutschland, Italien, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Polen) im Gegenzug, nicht von den Kleinen überstimmt zu werden, die ja viel weniger EinwohnerInnen vertreten. Daher muss einerseits eine Mehrheit der Staaten, andererseits eine Mehrheit der Bevölkerungen, und das gleich mit 60 %iger Sicherheit, gegeben sein. So verbleibt die EU bei den aus ihrer Gründungszeit – den 50er und 60er Jahren – stammenden Gesetzen stehen, weil Weiterentwicklungen bei so komplizierten Mehrheiten und so hoch liegenden Latten schwierig zu erreichen sind.

Die Gründergeneration der EU schuf Gesetze, die eine Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinweg leichter machten und internationalisierten: Personen-, Waren- und Dienstleistungsfreiheit. Dank der EU ist es heute Standard, dass man im Erasmus-Austausch in den Niederlanden studiert, französischen Käse auch außerhalb Frankreichs bekommt und Autofahrer oder LKW-Transporte nicht national behindert werden dürfen etc. Wir haben Grund der EU dafür dankbar zu sein!

Falls man aber daran – aus ökologischen, sozialen Gründen – etwas ändern möchte, z. B. gegen Spekulation, zur Sicherung österreichischer Studienplätze für MedizinerInnen, für ArbeitnehmerInnenschutz, für Verbot, Kontrolle oder Beschriftung fremder Produkte, zur Einschränkung der Atomenergie, für weniger Verkehr etc., so kann all dies nur mit einer Zustimmung einer überwältigend hohen Mehrheit in der EU durchgesetzt werden. Ansonsten gilt

die (in den 60ern durchgesetzte) Personen-, Waren- und Dienstleistungsfreiheit. Der 2014 neue Freihandelsvertrag wird viele dieser Bedingungen auf die Zusammenarbeit mit den USA ausweiten. Nur auf Druck der EZB rafften sich die EU-Regierungen zu zaghaften Schritten gegen die Wirtschaftskrise auf.

EU-Parlament stärken

Gegen die Übermacht nationaler Interessen der 28 Regierungen (oft im Verbund mit nationalen Großkonzernen) wehren sich seit Jahren die EU-ParlamentarierInnen aller Fraktionen. Viele dieser Abgeordneten schimpfen, wenn ihnen jemand zuhört (!), auf ihre eigenen nationalen Regierungsparteien, die ihre Macht verteidigen. Aber die nationalen Medienagenturen, die TV-Sender und Programme arbeiten viel eher mit den Regierungen zusammen als mit den gewählten VolksvertreterInnen. Von ihnen bekommen sie auch mehr Geld, mehr Werbung, mehr Macht. Daher unterlassen es viele Massenmedien, die EU-Abgeordneten zu unterstützen und verbreiten lieber das Märchen, dass es in der EU zu viele Gesetze gäbe und die Bürokraten aus Brüssel alles schlechter machten. Gewiefte Politiker wie Berlusconi, aber auch österreichische Parteien haben diesen Trick angewendet: sie selbst bestimmten im EU-Rat die Spielregeln, gingen aber damit an die Öffentlichkeit, dass Brüssel an allem Schuld trage.

So kommt es, dass das EU-Parlament nach demokratischen Reformen ruft, kleine Fortschritte durchsetzen konnte (z.B. seit 2009 die vollständige Mitbestimmung über Gesetze), aber weniger als 50 % der Bevölkerung an EU-Wahlen teilnimmt. Völlig zu Unrecht werden die EU-ParlamentarierInnen verdächtigt, am Stillstand der EU in sozialen und ökologischen Fragen Schuld zu haben. In den Massenmedien kommen sie kaum zu Wort und können die Propaganda nicht korrigieren.

Bei der EU-Wahl im Mai 2014 sollten wir sie stärken! ■



Europa: Friedensprojekt oder Festung

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war für die meisten unserer Großeltern und Urgroßeltern eine Zeit des Terrors, der Angst und der Verfolgung. Europa war Ausgangspunkt und Hauptschauplatz zweier Weltkriege mit 80 Millionen Toten. Die Zahl der Verwundeten, Vertriebenen und Deportierten konnte gar nie festgestellt werden.

Darüber hinaus war Europa auch nach 1945 über weite Teile verwüstet, durch den Eisernen Vorhang geteilt und mehrere Jahrzehnte lang Zentrum des Kalten Kriegs mit dem Damoklesschwert einer atomaren Bedrohung. Die verheerenden Kriege im Verlauf des Zerfalls Jugoslawiens in den 1990er Jahren waren der bislang letzte mörderische Konflikt auf diesem Kontinent.

Dass hier jemals wieder ernsthaft über Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte gesprochen werden kann, war zunächst blanke Utopie. Und dennoch war es bereits in den 1950er Jahren einigen Persönlichkeiten wie dem politischen Vordenker Jean Monnet oder dem langjährigen französischen Außenminister Robert Schumann zu verdanken, dass diese Utopie gedacht wurde.

Es war die Utopie von einem gemeinsamen Europa ohne Grenzen und in gegenseitiger Achtung. Länder, die über Jahrhunderte Kriege führten, sollten friedlich und in Freiheit zusammen leben. Fünf Jahre nach Kriegsende schlossen sich zunächst sechs ehemals verfeindete Staaten zur *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* zusammen, aus der über mehrere Stationen schließlich die EU von heute mit ihren 28 Mitgliedsstaaten entstand.

Eine Utopie, die Mut und demokratisches Verständnis braucht

Der einstige Zusammenschluss der Grundstoffindustrien als Frieden stiftendes Projekt wurde sukzessive in den folgenden 60 Jahren zu einer Gemeinschaft weiter entwickelt. Beim Zusammenwachsen der bestehenden und bei der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten standen allerdings mehr und mehr ökonomische Interessen im Vordergrund. So wurde die Freiheit der Märkte und des Warenverkehrs wich-

tiger als die Freiheit und die Rechte der Menschen. Als der Europäischen Union vor einem Jahr der Friedensnobelpreis verliehen wurde, hatte man vermutlich die ursprüngliche Idee gewürdigt und nicht die real existierende Wirtschaftsmacht EU, die zwar von der Öffnung der Märkte profitiert und für viele einen nie dagewesenen Reichtum schuf, sich aber mehr und mehr nach außen abschottete. Die Konflikte wurden an die Außengrenzen verlagert, der materielle Wohlstand musste verteidigt werden. Es war die Geburtsstunde der Festung Europa. Vor zehn Jahren wurde *Frontex*, die *Agentur für die operative Zusammenarbeit* an den Außengrenzen gegründet, eine Truppe zum Schutz der Wohlhabenden vor den Armen, vor Flüchtlingen und Schutzsuchenden. Ein Schutzwall, der unwillkürlich an jene befestigten Mauern erinnert, die oftmals die Villenviertel der Upperclass von den Favelas trennen.

Kam die Würdigung des Friedensprojekts Europa zu früh? Ist die Geschichte der Utopie von Schumann und Monnet schon abgeschrieben? Und hat man vergessen, dass Europa einen Gutteil seines Wohlstands den Handelsbeziehungen nach außen, den zugewanderten Menschen und den offenen Grenzen verdankt? Wie können wir im Inneren eines Kontinents heute mit gutem Gewissen von Frieden, Freiheit und Menschenrechten sprechen, wenn rund um uns Menschen gejagt, verhaftet und abgeschoben werden? Für diese Fragen gibt es eine klare Antwort: Die heutige EU muss sich den Friedensnobelpreis erst verdienen! *Frontex* ist zu einem Synonym für eine menschenverachtende Flüchtlingsabwehr an den Südost- und Südgrenzen der Staatengemeinschaft geworden. Die Grenzzäune wurden hochgezogen und die Patrouillen technisch hochgerüstet. In den vergangenen fünf Jahren sind mindestens 40.000 Menschen auf dem waghalsigen Weg in ein besseres Europa und auf der Flucht

vor Armut und Krieg im Mittelmeer ums Leben gekommen. Die auf dem Landweg gestorben sind, hat niemand gezählt. Ergänzend dazu sorgt eine stetig rigorosere werdende nationale Asyl- und Fremden-gesetzgebung dafür, dass immer mehr Menschen in die Illegalität abgedrängt werden. Allein in Griechenland schätzt man derzeit die Zahl der *Illegalen* auf mehr als eine Million, in Deutschland und Italien jeweils 500.000! Frankreich bezeichnet sie inzwischen abwertend als die *Sans-Papiers*. Es sind die Unberührbaren, die Rechtlosen, die billigen Arbeitskräfte, die heutigen Sklaven Europas; eine menschenrechtliche Katastrophe.

Ein anderes Europa ist möglich

Und dennoch gibt es auch ein anderes Europa, das den Urgedanken eines gemeinsamen Europas, eines Friedens- und Menschenrechtsprojekts nicht aufgegeben hat. So haben zivilgesellschaftliche Organisationen und engagierte Abgeordnete des Europäischen Parlaments erreicht, dass neben Minderheitenschutz, Richtlinien gegen Diskriminierung sowie für soziale Gleichstellung, auch ein Grundrecht katalog beschlossen wurde; für alle Menschen in der EU, ob legal oder illegal, zugewandert oder angestammt. Alle diese Kräfte für ein friedliches, soziales Europa sind mehr als nur ein Hoffnungsschimmer, sie könnten bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament eine echte Chance bekommen. Wenn, ja wenn die Angstmacher, die nationalistischen Rechten und Populisten, alle jene, die einer Sündenbockpolitik den Vorzug geben, in die Schranken gewiesen werden. Noch beherrscht zwar das Schlagwort *Sozialtourismus*, das in Deutschland kürzlich zum Unwort des Jahres 2013 auserkoren wurde, die Debatte, um Angst und Verunsicherung zu verbreiten. Noch spielen Rechtspopulisten unvermindert ihre ewiggestrige Karte aus, den Neonationalismus. Aber vielleicht erkennt doch eine Mehrheit der Besonnenen bei den Wahlen im Mai dieses Jahres, dass dies der falsche Weg in eine fatale Sackgasse wäre.

Die Wiederkehr der Nationalstaaterei

Hatte es gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs so ausgesehen, dass die Anbetung des Nationalstaats, gepaart mit Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus die Grundübel einer Politik waren, die geradewegs in die Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts führten, so schien diese Erkenntnis in den vergangenen Jahren zunehmend in Vergessenheit zu geraten. Versuchte man zunächst, die Nationalstaatlichkeit durch Gemeinschaftsverträge und eine gemeinsame europäische Verantwortung zu überwinden, so geriet die europäische Idee durch politischen Egoismus und die Wiederkehr des Nationalgedankens in eine Sinnkrise. Die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien haben in vielen Ländern Europas sowohl die Sinnkrise als auch wirtschaftliche Probleme genutzt, um sich mit rückwärtsgewandten Rezepten und populistischen Sündenbockargumenten in Szene zu setzen. Parteien wie der *Vlaams Belang* in den Niederlanden, die *Front National* in Frankreich, *Jobbik* in Ungarn, die *FPÖ* oder gar Deutschlands *NPD* entdeckten den *kleinen Mann*, den politischen *Homunculus* als ihr Zielobjekt und die *Fleißigen* und *Anständigen* als ihr Wählerpotential. Für die einen wurde das *internationale Judentum* zur Ursache der Bankenkrise, für andere sind die Anderen und eine *ausufernde Zuwanderung* mit der Gefahr einer *Überfremdung* schuld am vermuteten *sozialen Abstieg* der *Einheimischen*. Die Verbreitung von Angst und Angebote von „einfachen“ Lösungen wie „Sauvons la France de l'Arnaque Européenne“ („Retten wir Frankreich vor der europäischen Abzockerei“), „Heimreise statt Einreise“ oder „Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe“ wurden zu Erfolg versprechenden Parolen. Dazu kommen noch innereuropäische Feindbilder und der gefühlte *Moloch von Brüssel*. Dabei wird immer vergessen, dass nationalstaatliche Lösungen in einer Welt globaler Aufgaben und Probleme längst ausgedient haben. Jeder Mitgliedsstaat, so auch Österreich, ist ja längst ein mitbestimmender Teil einer gemeinschaft-

lichen europäischen Politik. Weder die Frage des Weltklimas, noch die Energieversorgung, noch die Frage einer Pflegeversicherung können heute nationalstaatlich gelöst werden. Ob es unsere zehntausenden ausländischen Erntehelfer, Pflegekräfte oder Beschäftigte im Gastgewerbe sind, die längst unverzichtbar wurden oder die 21.000 Ärzte aus Bulgarien, die bereits in Westeuropa tätig sind, sie alle sind Teil eines gemeinsamen Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialraums Europa.

Die demokratische Mitbestimmung und das Mitwirken an einem größeren Ganzen müssen wieder unsere politischen Vorhaben sein und nicht die Verteidigung der Interessen Oberösterreichs gegen Wien und die Wiens gegen Brüssel. Die Kleinstaaterei ist längst das Problem und schon lange nicht mehr die Lösung! Wer immer noch glaubt, dass ein Schutzwall namens Frontex und eine Rückkehr zur Nationalstaatlichkeit Sicherheit brächten, denkt wie jene Strategen, die mit Hadrian's Wall, mit der Berliner oder der Chinesischen Mauer versucht haben, die eigene „heile Welt“ vor der „Welt draußen“ zu retten.

Keine bequemen Aufgaben

Demokratie und Menschenrechte sind keine Errungenschaften, die – einmal erreicht – für immer gesichert wären. Um

sie muss ständig aufs Neue gerungen, ja gestritten werden. Demokratie erfordert eine andauernde Bestätigung, braucht Zivilcourage. Sie erfordert vor allem Mut zu einer eigenen Meinung, auch wenn sich Demagogen mit Instantlösungen und billigen Diffamierungen anbieten.

Und auch Menschenrechte, wie wir sie kennen und wie sie 1948 unter dem Eindruck der Menschheitskatastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts von den Vereinten Nationen festgeschrieben wurden, brauchen Mut und Courage, wollen gelebt und verteidigt werden, wenn sie nicht verkümmern sollen. Wenn es im Artikel I der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* heißt, „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, so sei das ein Auftrag und eine Aufgabe.

Die Wahrung der Würde und die Rechte jedes einzelnen von uns sind etwas Unverzichtbares in unserer vielfältigen Gesellschaft von heute geworden, sowohl in kleinen Gemeinden als auch in einer großen Gemeinschaft, wie die der Europäischen Union. Sie sind das Ergebnis einer immer noch andauernden Aufklärung und die einzig gültige Antwort auf die leidvollen Erfahrungen unserer Vorfahren mit Feindbildern und Ausgrenzung. Das sollte auch die einzig richtige Antwort auf die Verführungen und wohlfeilen Versprechungen aller Demagogen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 sein! ■

Filmtipp



„Wir sind so verhasst.“

Ein Kinofilm zur Entstehung der europäischen Union, DVD-Video, 2006, 117 Min., ab 14

Die Handlung des Films ist angesiedelt zwischen dem 9. Mai 1950, dem Tag der Erklärung von Robert Schuman, und dem 10. August 1952, dem Tag der Ernennung von Jean Monnet zum Präsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Der Film ist eine gelungene Mischung aus Geschichte (Jean Monnet, Robert Schuman, Konrad Adenauer usw.) und Fiktion

(Marie und Jürgen, ein junges deutsch-französisches Paar, ihre Familien und Freunde). Die beiden sich ständig abwechselnden Ebenen zeigen die Parallelen zwischen den Problemen der einen wie der anderen auf und verdeutlichen, welche Hindernisse und Widerstände gegen die Aussöhnung zu überwinden waren. Die Zuschauer erfahren in diesem Film, wie das heutige Europa entstanden ist und wie sehr Frauen und Männer auf beiden Seiten des Rheins dafür kämpfen mussten, dass wir nunmehr in einem „wiederentdeckten“, freien und friedlichen Europa leben können.

Erhältlich im Medienverleih der Diözese Linz, 0732/76 10-3883

Margit Savernik,
Angestellte, Wels



Waltraud
Wührer,
Autorin,
Steyr

Meine Stimme für ein stimmiges Europa!

Wie fühle ich mich als EU-Bürgerin? Spielt die EU in meinem Leben eine Rolle? Warum und wen soll ich wählen?

Ich erinnere mich an die EU-Beitrittswerbung mit den verlockenden Aussichten eines Europas ohne Grenzen, mit geeinter Währung, einem Schilling-Tausender mehr in der Tasche und populistischen Warnungen vor dem Untergang unserer Esskultur. Zweifel kommen auf.

Der freie Markt, der propagierte Wettbewerb, sowie das Gebot des absolut unbeschränkten Warenverkehrs sind die Säulen, auf denen die Europäische Union errichtet wurde. Der Drang zu Regulierung aller Lebensbereiche ist von uns Bürgern, da ungefragt, oftmals nicht nachvollziehbar, wird als unsinnig und nicht den Menschen dienlich bewertet. Abkürzungen, wie GATS (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen), ESM (europäischer Stabilitätsmechanismus) und neuerlich TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen) verheißen nichts Gutes, wenn Einspruchsfristen versäumt werden und Gesetze und Verträge dann unwiderruflich Gültigkeit erlangen. Nationale Entscheidungen werden außer Kraft gesetzt und Investoren schenken sich Hoheitsrechte zu, deren Verletzungen unerbittlich eingeklagt werden. Es wird zwar an den Zielen der Armutsminderung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Verbesserung von Arbeitsbedingungen, des Gesundheits- und Umweltschutzes gearbeitet, aber die Wirtschaftsordnung, die Profit über alles stellt, beherrscht im Letzten das gesamte Feld. Die Union als Hort des Friedens?

2012 wurde der Friedensnobelpreis an die EU verliehen. Er mag die verdiente Frucht jahrzehntelanger friedlichen Zusammenlebens der Mitgliedsstaaten in Europa sein. Natürlich genieße ich dankbar diese relative Sicherheit. Was ich dennoch von dem Preisträger EU erwarte, ist eine aktive Friedenspolitik, die sich nicht nur auf die jährliche Erhöhung des Militärbudgets beschränkt. Die Aufrüstung von Battlegroups dient ja nicht in erster Linie zur Unterstüt-

zung der Friedensbemühungen in Krisenländern, wie dem Nahen Osten, oder Afrika, sondern haben das Ziel, die Rohstoffausbeutung wie eben in Afrika, militärisch zu sichern. Von den Mitgliedsländern wird Beteiligung an Aufrüstung und Einsatz erwartet. Waffenlieferungen von Mitgliedsstaaten in Kriegsgebiete werden stillschweigend toleriert. Nicht sehr friedlich zeigt sich auch der Umgang mit Menschen, die unter großen Strapazen eine neue Chance in Europa suchen. Kostspielige Grenzschutzeinrichtungen fordern viele Opfer. Auch hier vermissemich eine aktive, friedliche Außenpolitik.

Die kommende Wahl des Europaparlaments stimmt mich zwiespältig. Die Faszination als Europabürgerin zu leben, heißt für mich, an einem gemeinsamen Europa zu bauen, mit Rahmenbedingungen für ein lebenswertes Leben für alle Menschen in der Union – und es werden durch die Erweiterung ja immer mehr. Ich will kein Europa der Konzernherrschaften. Das Europäische Parlament ist auf dem Weg zu mehr Demokratie – die Kommission nicht! Daher ist bürgerliches Engagement mehr denn je gefragt. Die Wahl bietet die Möglichkeit, Richtungen in die sich die EU bewegen soll, mitzubestimmen indem ich die Parlamentarier wähle: Als Vertreter der EU-Bürger, die die Lebenswelten der Menschen im Blick haben. Die Demokratie fördern, ohne Aushebelung der nationalen Parlamente. Die Informationen über Vorgänge innerhalb der EU-Kommission transparent machen. Die aktive Friedenspolitik einfordern und gegen die Militarisierung zu imperialistischen Zwecken auftreten.

Beschaffen wir uns Informationen und machen wir uns ein Bild von den Europa-Parlamentariern. Stimmen wir mit, wenn wir etwas wollen! ■

Meine persönliche Meinung zu „Europa“:

Wenn ich „Europa“ denke, fällt mir in erster Linie ein Europa der offenen Grenzen ein, wie einfach es damals plötzlich war, ohne Reisepass über die Grenzen zu gelangen, ein Europa, das konzipiert wurde, um kleinliche nationalistische Konflikte zu verhindern, das geistig und kulturell in größeren Dimensionen agierte, ich denke an das Festival der Regionen, das einen magischen Anziehungspunkt für Tausende Kulturbegeisterte bildet.

Was die wirtschaftlichen und politischen Dimensionen anbelangt, so muss ich gestehen, dass mir die Informationen fehlen, natürlich höre ich von den Schikanen und den Blockaden, die engagierten BürgerInnen blühen, die landwirtschaftliche oder handwerkliche Nischenfunktionen ausfüllen wollen, immer wieder wird die fehlende Bürgernähe beklagt, selbstverständlich ist eine umfassende Demokratisierung der EU überfällig, z. B. in entscheidenden Fragen wie der Gentechnologie, der Atomenergie, der Transitpolitik, ...

Dennoch halte ich die Idee der Einigung Europas für ein wichtiges Projekt und es ist zu hoffen, dass die BürgerInnen wichtiger genommen und die LobbyistInnen in die Schranken gewiesen werden. Dann kann weitergeführt werden und gelingen, was 2012 zur Überreichung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union geführt hat: „... für über sechs Jahrzehnte Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“. ■

Lisa Hofer,
Biobäuerin, Arnreit

Hans
Ortner,
Tischler-
meister und
Biobauer,
Kirchschlag



Wählen warum?

JA – natürlich gehe ich wählen! Meine Argumente: Das globale Finanzwesen – Großkonzerne, Milliardäre – bestimmen weitgehend den „Lauf der Welt“!

Ihr Ziel – Gewinnmaximierung und Geldwertvermehrung, fast ohne Regeln und „Rücksicht auf Verluste“! Die Auswüchse dieses „Wildwuchses“ bekommt jeder, auch wir in Europa, zu spüren: Klimaveränderung, Druck in der Arbeitswelt – Burnout, die Kluft zwischen Arm und Reich, armen und reichen Ländern – Erster, Zweiter und Dritter Welt, Ressourcenausbeutung, ... !

Wir müssen daher wieder Werten zum Durchbruch verhelfen wie: soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften, Umweltschutz, friedliches, demokratisches Zusammenleben! Um dies zu erreichen, brauchen wir dringend starke, handlungsfähige Regierungen, die auch global agieren können, auf Augenhöhe mit dem Wirtschafts- und Geldwesen! Das geht nur, wenn wir europaweit – starke EU – bzw. weltweit denken und agieren – Aufwertung der UNO! Wir werden nur gemeinsam überleben oder ... ■



Was macht die EU mit Acker und Kuh?

Kühe melken und füttern, Futter vorbereiten, Acker, Wiesen und Wald pflegen und nutzen, usw. Die Region, die Stadt, die Nation mit Lebensmittel zu versorgen war schon immer die Aufgabe der Landwirtschaft. Nur die Technik und das Wissen darum hat sich im letzten Jahrhundert wesentlich verändert.

Ich habe vor 23 Jahren meinen Beruf als Krankenschwester aufgegeben, weil ich an der Produktion von gesunden **LEBENSMITTEL** hohes Interesse hatte und auch Talent dazu habe. Zum Glück hat mein Liebster zufällig den Bauernhof von seinen Eltern geerbt, und so stand dem frohen Schaffen am Hof nichts mehr im Wege.

Bürokratie

Seit dem EU-Beitritt hat sich für die Landwirtschaft vor allem in der Bürokratie sehr, sehr viel verändert. Uns Bäuerinnen und Bauern wurde in Schulungen gelehrt, wie wir durch braves Formulare-Ausfüllen einen großen Teil unseres Einkommens verdienen können, bzw. müssen.

Unter dem schön klingenden Schlagwort „Strukturwandel“ wurden viele Bauernhöfe mit Krediten zum Wachstum animiert. Das heißt, auf der anderen Seite wurden viele beraten zum Aufhören. Es sollen nur jene Höfe überleben, die kostengünstig produzieren können.

In den letzten Jahren wurde durch genaue Satelliten-Bilder (GIS) die bürokratische Überwachung so lückenlos, dass ich beim Mittagsschlaf in der Wiese nicht sicher bin, ob ich das der AMA (Agrarmarkt-Austria) melden muss. Meldeversäumnisse werden strengstens bestraft.

Diese Durchsichtigkeit treibt einem manchmal zu unvernünftigem Handeln und so manche Bauersleute in einen Verfolgungswahn. Es kann ja jederzeit eine AMA-, CrossCompliance-, BIO-, Gütesiegel-, Hygiene-, Betriebssicherheits-, Sozialversicherungs-, ... Kontrolle kommen, und da soll dann alles – zumindest auf dem Papier – passen.

Besinnung auf Wesentliches

Durch die Ausgleichzahlungen und Förderprogramme veränderte sich das Denken vieler Bauern.

Es wird viel mehr Hirnschmalz verwendet für das Nützen der Förderungen, als für eine gesunde Bodennutzung und Viehwirtschaft.

Diese Industrialisierung der Landwirtschaft wird oft als notwendig argumentiert, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Kluge, denkende Menschen aber wissen, dass Hunger durch ungleiche Verteilungs- und Wirtschaftssysteme entsteht, und diese Meinung wird auch von bedeutenden Wissenschaftlern bestätigt. Nur überschaubare und ökologisch orientierte Höfe und Gärtner können die Ernährung sichern.

Mit diesem Wissen über das Notwendige auf dieser Welt sind mein Mann und ich und viele andere Bauern und Bäuerinnen sowie KonsumentInnen hoch motiviert, dieser Industrialisierung mit Kreativität und Ausdauer entgegen zu wirken.

Es gibt eine Menge Vereine und Organisationen, ÖBV-Berg und Kleinbauernvereinigung, Attac, Bio-Verbände, Fian, WWOOF, ... die uns auf diesem Weg ermutigen und auch zur Mitarbeit bereit sind.

Meine (unsere) Freude am Landwirtschaften konnte durch die EU-Strukturen nicht geschmälert werden, da wir durch ein weites Netz an Freundschaften auf unserem Weg immer wieder bestätigt werden. ■



„Mein Kopf ist frei hier“

Lydia Seemayer führte ein Gespräch mit Robina Hamidi aus Afghanistan, eine regelmäßige Besucherin der interkulturellen Frauentreffs in Vöcklabruck.

„Robina, darf ich dich etwas fragen?“, begann ich vorsichtig, wohl wissend, dass das Thema Politik für viele Migrantinnen ein Tabu-Thema ist. Darüber wird kaum gesprochen, so meine Erfahrung, zu groß sind die Alltagsorgen, zu anstrengend der Tag zwischen Kinderversorgung und Nachmittags-Putzjob. Trotzdem, ich wollte es wissen: Welches Bild von Europa kursiert in den Köpfen vom Menschen, die nicht in Europa geboren sind?

Robina ist seit 2008 in Österreich, auf der Flucht aus ihrem Heimatland wurde sie von ihrem Mann getrennt, monatelang lebte sie mit drei Kindern alleine in einer Flüchtlingseinrichtung in der Steiermark. Es war wie ein Wunder als endlich auch ihr Mann in Österreich ankam und die Familie anschließend Asyl erhielt. Seit vier Jahren lebt die Familie jetzt in einer kleinen Wohnung in Vöcklabruck, der Mann arbeitet als Schlosserhilfskraft, Robina ist noch bei den Kindern zuhause.

Im Heimatland war die Familie relativ gut situiert. „In Afghanistan gibt es viel Reichtum“ meint Robina, „aber auch viel Angst.“ Der Grund, sich vom Heimatland zu lösen, war nicht die Armut, sondern die Angst ums Überleben, die Angst um die Kinder. „Meine Mutter weiß nie, ob mein Vater vom Einkaufen wieder nachhause kommt“ sagt Robina und lobt die Sicherheit, die hier in Europa herrsche. „Mein Kopf ist frei hier.“

Welches Bild von Europa hattest du, als du von Afghanistan weggegangen bist?

Sie lacht. Und erzählt, dass sie geglaubt hat, dass in Europa alles für sie vorbereitet wäre. Eine schöne Wohnung, ein sicheres Leben, genug Geld – sie hatte das Bild gehabt, alles wäre da. Und das sei nicht nur ihr Bild gewesen, alle in Afghanistan glauben das. „Bei den Telefonaten mit meiner Mutter sage ich ihr immer: Mama, das stimmt alles nicht, glaub das nicht!“, meint Robina und schüttelt den Kopf über sich selber, als wundere sie sich, dass sie jemals so etwas glauben konnte.

Woher kommen diese Bilder?

„Das weiß ich nicht.“ Klar höre man in Afghanistan von Europa und Amerika, natürlich ist auch der europäische Zusammenschluss EU bekannt, man kennt die Welt von Nachrichten und Fernsehen, nicht nur durch die Soldaten der ISAF. Trotzdem, woher diese hartnäckige Vorstellung kommt, in Europa wäre für Neuankömmlinge alles vorbereitet, bleibt ein Rätsel.

Und jetzt? Die EU jetzt, Europa jetzt, nach fünf Jahren in Österreich, was hältst du davon?

„Ich finde es gut, dass sich Europa zusammenschließt, das ist gut.“ Zusammen sei man stärker. Allerdings stößt die Erweiterung der EU auf Serbien und Bulgarien auf Skepsis. Viele Leute kommen jetzt schon, meint Robina, arbeiten hier und bringen das Geld zurück in ihr Land. „Das fehlt Europa dann, das ist nicht gut.“ „Die Familienbeihilfe ist gut, das gibt es in Afghanistan nicht“, lobt Robina das europäische Sozialsystem. Sie bemerkt aber auch, dass sich hier viel schneller jemand in die Kindererziehung einmisch – die Schule, die Jugendwohlfahrt. In Afghanistan ist ‚Zuhause‘ Sache der Eltern und ‚Schule‘ Sache der Lehrer, da ruft kein Lehrer zuhause an, wenn in der Schule etwas nicht ganz stimmt. Hier wird mehr kontrolliert, was mit den Kindern geschieht. Hier werden die Kinder wichtiger genommen.

Was ist das Wichtigste an Europa?

„Das Wichtigste ist peace“ sagt Robina, und mischt hier die ihr bekannten westlichen Sprachen. Frieden sei das allerwichtigste, in Afghanistan ist es auch gut, doch der Frieden ist das Wichtigste. Und deswegen sollen die Kinder hier aufwachsen. Und deswegen bleibt die Familie hier, auch wenn ihnen bewusst ist: das ist am untersten Ende des Gehaltsschemas, am äußersten Rand der Gesellschaft. ■



Wir haben die Wahl

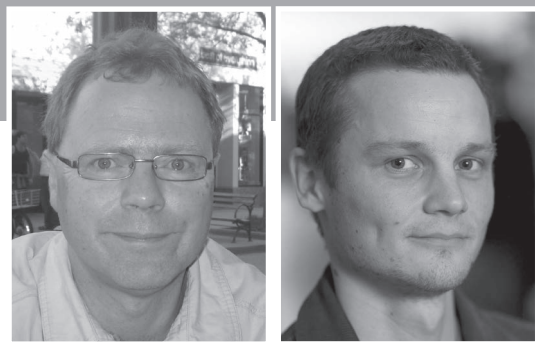
Brüssel ist weit weg von Linz. Noch weiter weg als Freistadt oder Rohrbach oder Steyr. Gar nicht zu reden von Liebenau oder Kleinraming. Und überhaupt: so ein riesiges Parlament. Was sollen dort unsere paar Abgeordneten schon ausrichten ...

Viele Österreicher sind noch nicht in Europa angekommen. Das Misstrauen gegen die dort draußen ist noch groß. Sie verteuern vieles, kümmern sich um völlig unwichtige Dinge und versagen bei großen Entscheidungen. Und trotzdem: offiziell sind wir dabei, ein immer wieder gehörter Ruf nach einem Austritt aus der EU gilt als völlig unrealistisch und wohl auch kurzichtig.

Die Folge: wir müssen uns – wohl oder übel – mit dem Giganten EU befassen. Denn die Wahrheit ist, dass große politische Entscheidungen schon lange nicht mehr in Wien, noch weniger in Linz, sondern draußen in Brüssel fallen. Landtage, selbst Nationalräte haben durch den Beitritt massiv an Bedeutung verloren, wie die Inhalte so mancher Sitzung belegen. Hauptsächlich sind es Petitionen an eine höherrangige Institution, die unser oö. Landtag langatmig diskutiert und schließlich meist einhellig beschließt.

Eine Verkleinerung dieser Einrichtung wäre daher überfällig, gilt aber als politisch nicht opportun. (Womit sollten politische Funktionäre für ihre brave Arbeit belohnt werden, wenn nicht mit der Aussicht auf ein gut bezahltes öffentliches Amt ...).

Es ist jedenfalls nicht einerlei, wer uns in Brüssel vertritt und wer versucht, seine Überzeugungen im Namen jener Leute durchzusetzen, die ihn oder sie in Österreich gewählt haben. Die EU-Wahl am 25. Mai ist eine der wichtigsten Wahlen, zu der wir heuer gerufen sind. Nach der Wahl des Gemeinderates oder des Bürgermeisters natürlich, die wegen der unmittelbaren Nähe zu den Bürgern ihre Bedeutung nie verlieren werden. ■



Andy Storey, Dozent für Politik und internationale Beziehungen, Dublin

David Walch, Pressesprecher Attac Österreich, Wien

Das Schreckgespenst der Wettbewerbsfähigkeit

Während hunderte Milliarden in den Bankensektor fließen, erzählen uns unsere Regierungen regelmäßig, dass wir härter, länger und für weniger Bezahlung arbeiten müssen, um „wettbewerbsfähiger“ zu sein.

Wir müssen unsere hart erarbeiteten sozialen Schutzschilde – Pensionen, Arbeitslosengeld und andere Aspekte des „sozialen Europas“ reduzieren oder aufgeben – um „wettbewerbsfähiger“ zu sein. Wir müssen „flexibler“ sein, was bedeutet, dass wir die Sicherheit der Arbeitsplätze für immer heiklere und anstrengendere Arbeitspraktiken opfern müssen – um „wettbewerbsfähiger“ zu sein. Regierungen müssen „Finanzdisziplin“ wahren, anstatt zu investieren, denn solche Disziplin macht uns „wettbewerbsfähiger“. Europäische Krisenländer müssen ihre Souveränität an die „Troika“ abgeben, um ihre „Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen“. Wir müssen Freihandelsabkommen unterzeichnen, wie etwa die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA, denn das macht uns „wettbewerbsfähiger“. Wir dürfen den Finanzsektor nicht „überregulieren“ oder den Unternehmen „unverhältnismäßige“ Umweltbeschränkungen auferlegen, denn das würde uns weniger „wettbewerbsfähig“ machen.

EU-Wettbewerbspakt – Kommt Troika für alle?

Vor diesem Hintergrund steht – vor allem auf Drängen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel – seit 2013 ein sogenannter „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ ganz oben auf der Agenda der EU. Um beim Entwurf dieses Pakts zu helfen, hatte Merkel Hollande und Barroso zu einem Treffen in Berlin im März 2013 mit fünfzehn Mitgliedern des Europäischen Runden Tisches Industrieller (ERT) eingeladen – zwei von ihnen wurden beauftragt, den Vorsitz einer „Arbeitsgruppe zu Wettbewerbsfähigkeit“ zu führen. Der Bericht dieser Gruppe forderte unter anderem Steuererleichterungen, eine Aufhe-

bung der (begrenzten) Bankenregulierung, einen weiteren Abbau von Arbeitsschutzmaßnahmen, die rationelle Begünstigung von Firmenzusammenschlüssen und -käufen sowie Privatisierungen.

Er sieht vor, dass sich alle Eurostaaten vertraglich zu Maßnahmen verpflichten, welche die EU-Kommission zur Steigerung ihrer „Wettbewerbsfähigkeit“ vorschlägt. Das Kaputtsparen Griechenlands und Portugals zeigt, was damit gemeint ist: Lohn- und Pensionskürzungen, der Abbau von Arbeitsrechten und die Privatisierung von Wasser, Verkehr, Gesundheit und Bildung. Die im südeuropäischen Labor getestete Verarmungspolitik soll auf ganz Europa ausgeweitet werden. Um die Staaten auf Linie zu bringen, darf die EU-Kommission Strafen verhängen und Prämien auszahlen. Die Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene werden damit weiter entmachtet. So soll eine Politik erzwungen werden, die auf demokratischem Weg nicht durchsetzbar wäre. Was harmlos klingt, bedeutet also letztlich „Troika für alle“.

Widerstand vorerst erfolgreich

Trotz starker Bemühungen von Angela Merkel gab es aber beim EU-Gipfel im Dezember 2013 keine Einigung zum Wettbewerbspakt. Attac und viele andere sehen darin einen Etappenerfolg des breiten europäischen Widerstandes. Einen Aufruf der europäischen Plattform „Europa geht anders“ haben bereits mehr als 10.000 Menschen unterschrieben. Nicht zuletzt aufgrund der Proteste aus der Zivilgesellschaft, von kritischen ÖkonomInnen und PolitikerInnen ist es gelungen, ein geräuschloses Durchwinken vorerst zu stoppen. Doch gewonnen ist damit noch nichts. Der EU-Wettbewerbspakt soll nun

beim EU-Sommertreffen im Juni 2014 behandelt werden. Bis dahin müssen wir den Widerstand gegen diesen Abbau sozialer und demokratischer Rechte weiter ausbauen und unsere Alternativen zur europäischen Verarmungspolitik einfordern.

Für ein soziales und solidarisches Europa

Das Dogma der Wettbewerbsfähigkeit wird die aktuelle Krise nicht lösen. Der Druck auf öffentliche Ausgaben, auf Löhne und damit auch auf die Konsumnachfrage führt zu einer Abwärtsspirale. Wir haben die Wahl, Arbeit und Einkommen fairer zu verteilen, sodass jede/r Zugang zu einem anständigen Lohn und erfüllender Arbeit sowie auch zu öffentlichen Dienstleistungen hoher Qualität hat. Dafür müssen wir Einkommen von Finanzkapital und Firmenprofiten gerechter verteilen. Statt eines Wettbewerbspaktes fordert Attac daher:

- Einen Steuerpakt: Höhere Gewinn- und Vermögenssteuern, eine Finanztransaktionssteuer und Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung.
- Einen Lohnsteigerungspakt – vor allem in jenen Ländern, die hohe Exportüberschüsse und große Niedriglohnssektoren haben.
- Einen Arbeitspakt: Verpflichtende Zielvorgaben zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in allen EU-Staaten sowie eine Stärkung von ArbeitnehmerInnenrechten, ArbeitnehmerInnenenschutzbestimmungen und Gewerkschaftsrechten.
- Einen Demokratiepakt: Eine Demokratisierung der europäischen (Wirtschafts-) Politik.
- Die Wiederregulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte.

Eine koordinierte europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik ist also dringend nötig. Doch Europa braucht dabei eine radikale Kehrtwende. Denn beim Wettbewerb der Standorte gewinnt kein Standort, sondern immer das Kapital. ■

Infos: www.europa-geht-anders.eu

Was sagt „die Politik“?

Information-Diskussion interessierte, wie sich einzelne politische Parteien zur kommenden EU-Wahl positionieren. Welchen Stellenwert geben sie der Wahl, welchen Blickwinkel nehmen sie ein, welche inhaltlichen Schwerpunkte betonen sie? Drei Stellungnahmen geben einen kurzen Einblick.

Europa auf Grünen Kurs bringen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament bedeuten zweifellos eine nachhaltige Richtungsentscheidung für die Europäische Union.

Die Grünen bekennen sich klar zu einem gemeinsamen

Europa und sehen für den kommenden, wichtigen Wahlgang zwei wesentliche Herausforderungen und Ziele.

Erstens gilt es gerade in Zeiten der EU-Skepsis die Bedeutung Europas, der europäischen Politik zu vermitteln, nicht nur die persönlichen, sondern auch die allgemeinen, grundsätzlichen Vorteile noch stärker aufzuzeigen, die die Gemeinschaft bringt – für Österreich und für Oberösterreich. Wir müssen ein Europa-Gefühl vermitteln und damit die Menschen motivieren, der Wahl jene Bedeutung beizumessen, die ihr zusteht und so zum Wahlgang motivieren. Zweitens gilt es Europa in etlichen Bereichen neu zu gestalten. Denn es gibt unbestritten viele Kritikpunkte und Fehlentwicklungen am gemeinsamen europäischen Weg, von falschen Instrumenten zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, dramatischen Arbeitslosenzahlen bis hin zu Asyl-dramen und Rückfall in Nationalismen.

Die Grünen treten an, dieses große Projekt eines geeinten Europas zu verbessern. Wir wollen ein Europa, das sich bei aller Bedeutung der Wirtschaft nicht nur am Gewinnstreben orientiert. Ein Europa der Menschen- und Freiheitsrechte, ein Europa das stärker auf die BürgerInnen, deren Lebensraum, auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit setzt und ein Europa als Vorreiter in Umwelt- und Klimaschutz. Diesen konstruktiven Weg für Europa zu stärken, heißt auch eine Absage an die zunehmenden rechtspopulistischen Kräfte.



Deren Rezepte bringen kein geeintes Europa sondern Ausgrenzung, Abschottung. Europa steht vor großen Herausforderungen, wir Grünen nehmen sie an und sehen sie als Chance, ein „Neuropa“ für die Bürgerinnen und Bürger zu formen und zu gestalten. ■

*Maria Buchmayr,
Landessprecherin Grüne OÖ, Linz*

Die Chance nutzen, die EU positiv weiterzuentwickeln

Viele fragen sich, warum sie zur EU-Wahl am 25. Mai gehen sollten. Das überrascht nicht, denn es gibt natürlich nicht nur manche Schauergeschichten über „Brüssel“, sondern auch viele berechnete Kritikpunkte.

Genau deshalb darf man diese Wahl auch nicht ignorieren: Denn am 25. Mai entscheidet sich, welchen Weg das gemeinsame Europa in Zukunft einschlagen wird. Wir als OÖVP werden Kritikpunkte klar benennen und uns für Veränderungen und Verbesserungen einsetzen – gerade, weil wir von der Idee des vereinten Europas überzeugt sind.

Wenn oft mit dem kritischen Zeigefinger auf die EU gezeigt wird, dann wird meist darauf vergessen, auch die positiven Aspekte hervorzuheben: Die EU eröffnet uns die Chance, künftige Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen und unsere Interessen in der Welt zu wahren. Und Oberösterreich als starkes Exportbundesland profitiert besonders von der EU. Längst zur Selbstverständlichkeit geworden sind auch die vielen Erleichterungen, die sie für unser Alltagsleben gebracht hat, man denke nur an den freien Personen- und Warenverkehr. Doch die EU ist nicht nur



eine Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vor allem auch das „Friedensmodell Europa“: Heuer gedenken wir des Beginns des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren und des 2. Weltkriegs vor 75 Jahren sowie des Falls des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren. Die EU hat uns seitdem die längste Friedenszeit in Europa in der Geschichte gebracht. Ich persönlich bin sehr froh, dass ich als 34-jähriger – im Gegensatz etwa zu meinen Großeltern – keinen Krieg erleben musste. Und das wiegt meines Erachtens alle Schwächen und Kritikpunkte der EU bei weitem auf.

Deshalb ist es wichtig, am 25. Mai zur EU-Wahl zu gehen und jene zu stärken, die vom vereinten Europa überzeugt sind. Populisten oder gar jene, die aus der EU austreten wollen, dürfen keinen Aufwind bekommen. Wir wollen die Chance nutzen, die EU positiv weiterzuentwickeln, und dafür brauchen wir Vollprofis und überzeugte Europäer als starke Stimmen Oberösterreichs in Brüssel. ■

*Wolfgang Hattmannsdorfer,
OÖVP-Landesgeschäftsführer, Linz*

25. Mai: Richtungsentscheidung für Europa

Mit der Wahl zum Europäischen Parlament wird am 25. Mai eine Richtungsentscheidung darüber gefällt werden, wie sich Europa in Zukunft entwickeln soll. Das EU-Parlament hat in den



letzten Jahren an Stärke gewonnen und diese gemeinsam mit den BürgerInnen eindrucksvoll demonstriert, wie mehrere Beispiele zeigen, von denen hier noch die Rede sein soll. Das ist auch dringend nötig, denn die Gesetzesvorschläge der Kommission stellen meist die Interessen der Wirtschaft vor jene der Bevölkerung. Die Zeiten, in denen das EU-Parlament wenig Einfluss hatte, sind vorbei. Spätestens seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags hat sich das Selbstbe-

Andreas Ullmann,
Buchhändler, Puchenau



Die Welt der EU

wusstsein der Abgeordneten gegenüber dem Europäischen Rat und der Kommission deutlich gestärkt. Seit meiner Angelobung im Dezember 2011 konnten einige Gesetze maßgeblich beeinflusst werden.

Drei Beispiele aus dieser Periode zeigen, was das EU-Parlament bewegen konnte:

1. Trinkwasser

In einer umstrittenen Konzessionsrichtlinie war geplant, Trinkwasser künftig europaweit auszuschreiben. Das hätte eine Privatisierung durch die Hintertür bedeutet. Viele von euch haben damals Informationen von mir erhalten.

In Österreich haben tausende Menschen die Bürgerinitiative „right2water“ unterschrieben und dadurch Druck auf das Parlament und die Kommission ausgeübt. Gemeinsam mit anderen EU-Abgeordneten habe ich auf das Thema kontinuierlich im EU-Parlament hingewiesen. So haben wir es geschafft, dass die Wasserversorgung sowie die Wasserentsorgung aus der Richtlinie herausgenommen wird. „right2water“ war die erste erfolgreiche europäische BürgerInneninitiative und ein großes Signal einer lebendigen Demokratie in Europa.

2. ACTA und Freihandelsabkommen

Gleich in zu Beginn meiner Zeit im EU-Parlament kam mir das zweite Beispiel unter, von dem ich hier berichten möchte. Viele der Erfahrungen, die ich damals sammelte, kommen mir jetzt bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) in Erinnerung. Wie beim ACTA-Abkommen wird heute beim TTIP im Geheimen verhandelt. Nicht einmal als EU-Parlamentarier hat man Zugriff auf die Protokolle. Ziel der Rates und der Kommission ist es, mit so einer Vorgehensweise das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen. Auf die Abgeordneten wird großer Druck ausgeübt – Druck, dem die Abgeordneten natürlich eher Stand halten, wenn die Bevölkerung hinter ihnen steht und die öffentliche Empörung groß ist.

Der große Aufschrei der Zivilgesellschaft gegen das TTIP stärkt unsere Position im Parlament.

Die Europäische Union ist viel geliebt, viel gehasst, und, siehe Wahlbeteiligung, wohl auch viel negiert und ignoriert. Um ein umfassendes Bild zu erhalten, empfiehlt es sich wohl ein Buch zur Geschichte und eines zu kritischen Zeitfragen rund um die Gemeinschaft zu lesen. Die beiden Bücher ergänzen sich dahingehend sehr gut:



Europas Zukunft – in bester Verfassung?

Hans-Dietrich Genscher und Heinrich August Winkler, Verlag Herder, 2013, Euro 10,30.

Heinrich August Winkler, Professor für neuere Geschichte an der Humboldt-Universität, Berlin von 1991 – 2007

und Hans-Dietrich Genscher, deutscher Außenminister von 1974 – 1992, schlagen in ihrem von Volker Panzer moderierten Gespräch über Europa einen weiten Bogen: von den Anfängen der Einigungsbestrebungen nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart, von der gegenwärtigen Krise des europäischen Modells bis zu denkbaren und wünschenswerten Lösungen in der Zukunft. Eine bemerkenswerte, scharfsinnige Diskussion, reich an politischer Erfahrung und historischer Tiefe. Authentisch und aus erster Hand.

3. Saatgutverordnung

Ein weiteres Beispiel für die Möglichkeiten des EU-Parlaments ist die Saatgutverordnung. Ein restriktiver Vorschlag der EU-Kommission hätte die Artenvielfalt unserer Nutzpflanzen (Obst, Gemüse, Getreide) bedroht. Auch hier gab es einen großen Aufschrei in der Bevölkerung, mit dem es gelang, sogar die konservativsten Abgeordneten von diesen Vorstellungen abzubringen. Mit 37 zu 2 Stimmen wurde der Vorschlag im zuständigen EU-Parlamentsausschuss abgelehnt und ein deutliches Zeichen für die Vielfalt gesetzt.

Im Mai haben wir bei den EU-Wahlen aber



Welche Zukunft hat die EU?

Thomas Sauer u. Peter Wahl (Hrsg.), VSA Verlag, Euro 17,30.

Die längerfristigen Perspektiven der Europäischen Union werden oft quer zu den gewohnten

politischen Linien diskutiert – auch in Attac und innerhalb der Linken in Europa. Der Band macht die Kontroversen sichtbar und stellt die Argumente sachlich und fair gegenüber. Die Krise der EU stellt die Frage nach der Zukunft der Union auf die Tagesordnung. Das Meinungsspektrum in der linksalternativen Diskussion bewegt sich zwischen den Polen Bundesstaat und Staatenbund mit ihren Varianten: Status quo, Status quo plus Bankenunion und/oder Transferunion, Status quo minus Euro, Binnenmarkt plus offene Netzwerkstrukturen, EU der drei, vier, vielen Geschwindigkeiten etc. Autorinnen und Autoren: Elmar Altvater, Christoph Bals, Joachim Bischoff, Andreas Fisahn, Arne Heise, Peter Herrmann, Anne Karras, Tazio Müller, Alexis Passadakakis, Karsten Peters, Friederike Spiecker, Roland Süß, Achim Truger, Lucas Zeise.

Mit diesen Büchern wünsche ich eine spannende Reise durch die Gedankenwelt und die reale politische Welt der Europäischen Union. ■

erstmalig auch eine ganz neue Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Da sich die Parteien in Europa darauf geeinigt haben, dass die stärkste Partei im EU-Parlament auch den Kommissionspräsidenten stellt, ist eine Stimme für die Sozialdemokratie auch eine Stimme für Martin Schulz. Dieser hat in den letzten Jahren bewiesen, dass er die notwendigen Visionen für Europa hat und die Durchsetzungskraft, diese Visionen auch umzusetzen. Natürlich freue ich mich über Vorzugstimmen. ■

Josef Weidenholzer,
SPÖ-EU Parlamentarier, Linz

IMPULS

Wohl ist die Welt so groß und weit ...

Es ist heute sehr einfach geworden, sich die große weite Welt heimzuholen. Durch die neuen Medien bin ich schnell mit allen möglichen Menschen verbunden, kann mich austauschen, werde mit topaktuellen Nachrichten versorgt und kann fremde Länder besuchen, ohne einen Schritt vor die Haustür zu setzen. Es ist angenehm, alles hautnah zu erleben. In solchen Augenblicken gefällt mir das Große, die Weite, das Globale.

Auch die Industrie hat sich das Globale zu Nutzen gemacht, die Finanzwirtschaft operiert global, die Ernährungskette wird immer weltumspannender – und die Luft- und Umweltverschmutzung auch.

Schon längst werden alle wichtigen Entscheidungen von Industrie- und Finanzwelt unter globalen (= gewinnbringenden) Gesichtspunkten getroffen. Und nicht alles, was da entschieden wird ist gut für uns oder bringt mehr gutes Leben für alle. Manches ist sogar beängstigend.

Und was stellen wir diesem Wildwuchs und dieser Ausbeutung auf politische

Ebene entgegen? Mehr den je werden nationalstaatliche Eigeninteressen (Vorteilsnahme) stärker. Politische und soziale Entsolidarisierung vereiteln gute und gerechte Lösungen. Verängstigte und verzagte Haltungen der Menschen verhindern entschlossenes Handeln. Die Welt wird weit und offen – die Herzen eng und verschlossen.

Könnte nicht ein gestärkter Parlamentarismus in unserer EU ein guter Gegenpol sein?

Wir bekommen zwar nicht immer diesen Eindruck vermittelt (auch aufgrund nationaler und medialer Beeinflussung), aber es gibt positive Signale vom Europäischen Parlament, z. B.: bei der Einbremsung des superschnellen Börsenhandels, dem verbesserten Schutz von Anlegern, die Eingrenzung der Spekulationen mit Lebensmitteln oder das scharfe Auftreten gegen Zinsmanipulationen und den Insiderhandel.

Es könnte eine Chance sein!

Herbert Kuri
herbert.kuri@aon.at

Vom 28. Mai bis zum 1. Juni 2014 findet in Regensburg der 99. Deutsche Katholikentag statt.

Mit über 1000 Einzelveranstaltungen stellen das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und die gastgebende Diözese Regensburg ein vielseitiges Programm auf die Beine – das macht den Katholikentag zu einem Ort des Brückenbauens für Gesellschaft, Glauben und Gemeinschaft.

Die **Katholische Aktion OÖ** organisiert für TeilnehmerInnen aus Oberösterreich am **30. Mai 2014** eine gemeinsame Zugfahrt nach Regensburg. Bei Anmeldung bis spätestens 2. Mai sind sämtliche Programmunterlagen, Eintrittskarten etc. über das KA-Generalsekretariat zu beziehen.

Anmeldung und Information:

Katholische Aktion Oberösterreich, Kapuzinerstraße 84, 4021 Linz
Tel.: 0732/7610-3411, Mail: kath.aktion@dioezese-linz.at; www.ka.dioezese-linz.at

Jene Personen, die an mehreren Tagen dabei sein möchten, können sich direkt beim Teilnahmeservice in Regensburg (Tel. 0049 941/548 390 390) oder im Internet (www.katholikentag.de) anmelden.



„Was ich wirklich, wirklich will ...“

Lebens- und Berufsnavigation unterstützt bei der Suche nach neuen Wegen für Arbeit und Leben.

Wer von uns hat sich diese Frage nicht schon einmal oder des Öfteren gestellt?

- Wenn es darum geht, sich für Beruf/ Ausbildung zu entscheiden und einen guten Platz in der Arbeitswelt zu finden.
- Wenn ich auf der Suche nach meiner persönlichen Form der Lebensgestaltung bin.
- In der Lebensmitte, wenn man sich fragt: War das alles in meinem Leben? Wie kann ich Veränderungen gestalten?
- An der Schwelle zwischen Erwerbsleben und Pensionierung taucht die Frage auf: Was nun? Wie kann ich auch weiterhin sinn-voll tätig sein?

Berufs- und Lebensnavigation nennt Thomas Diener diesen Prozess, bei dem es darum geht, Menschen einfühlsam bei



der Frage zu begleiten: Was ich wirklich, wirklich will.

Die Herausforderungen der Arbeitswelt verschärfen sich permanent. Da bleibt oft wenig Spielraum, um sich dieser Frage zu widmen. Doch genau dieser Raum ist notwendig, um der Sehnsucht nach guter, sinnvoller Betätigung zu folgen und die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Jede/r von uns hat Bilder im Kopf wenn es um DIE Arbeits- und Lebenswelt geht – und diese gilt es genauer zu hinterfragen. Es ist ein kreativer Prozess, bei dem es

Elisabeth Zarzer,
KAB-Organisationsreferentin, Leonding

Einkaufen heißt (aus-)wählen



Martha
Stollmayer,
KAB-
Organisations-
referentin,
Traun



kein vorgefertigtes Ergebnis nach Schema F gibt. Denn jeder Mensch hat unterschiedliche Sehnsüchte und Bedürfnisse – und die gilt es freizulegen: Wie mit einem Kompass auf der persönlichen Reise zu navigieren, anstatt sich dem Druck einer vorgefertigten Karriereleiter zu unterwerfen; Mit Gleichgesinnten in der eigenen Biografie nach persönlichen Lebensqualitäten zu stöbern, statt Stärken und Schwächen zu analysieren.

Mehr als 25 JugendleiterInnen und junge Erwachsene, BegleiterInnen für Menschen in der Lebensmitte sowie für den Übergang vom Erwerbsleben in die Pensionierung haben sich Anfang Februar das Handwerkszeug für diesen Prozess von Thomas Diener geholt. Thomas Diener ist als langjähriger Laufbahnberater, Supervisor & Therapeut im Bereich Berufs- und Lebensnavigation in Deutschland, der Schweiz, Österreich und der Slowakei tätig. „Mein bisheriger Blick auf die Arbeitswelt ist >aufgebrochen< und ich habe mithilfe der Berufs- und Lebensnavigation einen völlig neuen Zugang erhalten“ meldet eine Teilnehmerin nach dem Seminar zurück.

Die NavigationsbegleiterInnen freuen sich, auch Sie auf dieser Suche zu begleiten: Koordination für junge Erwachsene und Menschen in der Lebensmitte bzw. Richtung Pensionierung als Bildungs- und Begleitangebot der Kath. ArbeitnehmerInnen-Bewegung OÖ: Michaela Pröstler-Zopf und Martha Stollmayer; für Jugendliche und junge Erwachsene in der Kath. Jugend OÖ: Sigrid Kremsmayr. ■



„Wir kaufen, was wir nicht brauchen mit dem Geld, das wir nicht haben um denen zu imponieren, die man nicht mag.“

Am 25. Jänner fand erstmals „PRO und CONTRA“, ein Diskussionsvormittag nur für Frauen im Cardijn Haus in Linz statt.

Entstanden aus einer Idee des diözesanen Frauenarbeitskreises von mensch & arbeit beschäftigten sich an diesem Vormittag an die 20 Frauen mit Konsum, Konsumbedingungen und -verhalten und Alternativen dazu. Die Referentin, Heidemaria Hofer, Bildungsreferentin von WeltHaus Linz, bot einen Überblick über die Geschichte des Konsums bis zur Jetztzeit und sprach von einem gegenwärtig bemerkbaren „Kippen“, einer zunehmenden Unzufriedenheit mit dem Lebensstil in unserer Gesellschaft.

Enttäuschungs- und Versäumnisgesellschaft

Anstelle einer Zufriedenheit, die aus „etwas können“ entsteht, zählt heute vorrangig der Konsum: Was man sich leisten kann bestimmt den Selbstwert. Eine sehr kurzlebige Werterfahrung, denn alle Lebensbereiche sind inzwischen vom Markt durchdrungen und ständig suggerieren neue Produkte, Events und Angebote, dass es noch Besseres, Neuere gibt oder etwas versäumt wird. Das Gefühl eines Mangels, einer steten Enttäuschung hält das Konsumrad am Laufen. Doch inzwischen leiden sowohl die Menschen als auch die Umwelt unter den Verhältnissen, die nur durch Ausbeutung (anderer) aufrechterhalten werden können.

Veränderung ist möglich

„Der Mensch muss sich wieder als Teil der Schöpfung verstehen lernen, Grenzen und Lebensrhythmen beachten, um aus einem Gefühl der Lebensfreude heraus Veränderungen anstoßen zu können“, betont die Referentin. Wer sein Kaufverhalten ausrichtet nach den Kriterien saisonal, regional, biologisch

und fair produziert und gehandelt, bewirkt bereits Veränderung. Gleichzeitig darf die Verantwortung nicht allein den einzelnen KonsumentInnen zugeschoben werden – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, alle müssen an einer Systemänderung arbeiten. Die entscheidende Frage heißt: „An welchen Werten



orientieren wir uns und was ist genug?“ Eine Verhaltensveränderung bedeutet nicht nur Verzicht und Beschränkung, sondern bringt vieles, nach dem wir uns sehnen: Entschleunigung, eine neue Natürlichkeit, echte Vielfalt, Kreativität, Nähe, Sicherheit, ..., so die Referentin. Wir haben so viel Freiheit hergegeben – wir haben uns das Tun stehlen lassen, wie Marianne Gronemeyer es ausdrückt – es ist an der Zeit, uns vom Diktat des Marktes zu emanzipieren und die (Mit-)Gestaltung unserer Welt in Angriff zu nehmen.

Schneeballeffekt

Informieren, hinterfragen, umdenken und anders tun, nutzen statt besitzen, reparieren statt wegwerfen – Möglichkeiten gibt es viele. Es liegt an uns hier – jenen Menschen, die Wahl- und Handlungsmöglichkeiten haben – einen Anfang zu machen im Vertrauen darauf, dass ein Andersdenken und Anderstun Kreise zieht und Systeme verändert.

Und übrigens: Pro und Contra soll es öfter geben. Es ist geplant, zwei- bis dreimal im Jahr so einen Frauen-Diskussionsvormittag anzubieten. Der nächste Termin am 28. Juni wird das Thema Gesundheit aufgreifen. ■



Ältere KAB-Mitglieder melden sich zu Wort

Zurück zur Scholle ins Obere Mühlviertel

Dies sagte ein ehemaliger Chef, den ich nach vielen Jahren wieder einmal traf und ich ihm erzählte, dass ich wieder in Ulrichsberg lebe.

Für mich ist es ein großer Bogen, der über mein Leben gespannt ist.

Ich wurde 1944 in Ulrichsberg als Älteste von sieben Kindern geboren. Dadurch musste ich bald Verantwortung übernehmen, weil die Großeltern und die Eltern viel Arbeit hatten in der Landwirtschaft. Obwohl ich bei vielen Spielen mit meinen Freundinnen und den Nachbarkindern immer zwei oder drei Geschwister mitbrachte, erlebte ich eine schöne Kindheit. Besonders die Schulzeit habe ich in guter Erinnerung – waren es doch die Stunden in der Schule, in denen ich nur für mich verantwortlich war.



Sehr interessant waren für mich die vielen Gespräche, die bei uns zuhause geführt wurden. Mein Großvater war bis zum Anschluss 1938 Bürgermeister. Unsere Großfamilie hatte viel mitgemacht in dieser

Zeit. Schon bald schnappte ich die Worte „Dachau, Nazi, Heimwehr, Krieg usw.“ auf. Ich wusste natürlich nichts anzufangen mit diesen Begriffen als Kind, das ja nie einen Bombenangriff erlebt hat. Jedoch wurde in dieser Zeit sicher das Interesse an Geschichte und Politik geweckt.

Mein Traumberuf wäre immer Lehrerin gewesen, doch ich musste im Ort eine Lehrstelle als Verkäuferin annehmen, damit ich auch jederzeit zuhause eingesetzt werden konnte. Meine Eltern hatten inzwischen von einem kinderlosen Onkel das Gasthaus übernommen.

Das war eine ganz arbeitsintensive Zeit. Die Kaufmannsgehilfenprüfung legte ich 1961 ab, da hatte ich meinen Arbeitsplatz schon zuhause. Eigentlich war ich sehr

unglücklich, ich wollte aus der Enge des Ortes hinauskommen. Im Jahr 1964, mein Bruder und eine meiner Schwestern konnten jetzt auch schon mithelfen, nahm ich in der Lebensmittelabteilung im Passage-Kaufhaus eine Stelle als Verkäuferin an. In der Erinnerung an diese Zeit sehe ich ein Rädchen in das andere greifen – die Rädchen sind Menschen, die Weichensteller waren in meinem Leben.

Betriebsrunde, KAJ, Dreimonatskurs im Betriebsseminar – das sind alles Stationen, die prägend waren. Durch diese Aktivitäten lernte ich meinen Ehemann Ludwig kennen – wir hatten daher viele gemeinsame Freunde. 1970 heirateten wir, unsere Töchter kamen 1971, 1973 und 1975 zur Welt.

1976 baten uns meine Eltern, das Haus, in dem ich aufgewachsen bin, zu übernehmen. Es ist eines der ältesten Häuser von Ulrichsberg. Gut, dass wir nicht wussten, was beim Renovieren alles an Arbeit anfiel. 1981 übersiedelten wir von Walding nach Ulrichsberg. Ludwig und die Kinder nahmen den Ortswechsel leichter hin. Mir fiel das Zurückkommen in die alten Strukturen sehr schwer. Hätte ich meine vielen Bekannten von der KAB, der Betriebsseelsorge und der Familienrunde nicht gehabt, wäre alles noch schwerer gewesen.

Bald lernten wir den Treffpunkt mensch & arbeit in Rohrbach kennen. Für mich war das ein Ankerplatz und die Gelegenheit mich zu engagieren.

Ganz neue Erfahrungen machte ich durch die Gewerkschaftsschule als Teilnehmerin und später als Kursbetreuerin. Fasziniert haben mich die vielen Verknüpfungen zwischen Gewerkschaft und KAB. Im Diözesankreis kam ich wieder mit vielen Freunden zusammen.

Mein Leben wäre sicher ganz anders verlaufen, wenn ich 1964 nicht den Eigensinn gehabt hätte, gegen den Willen meiner Eltern und Großeltern nach Linz zu kommen. Gott sei Dank erübrigt sich die Frage:

„Was wäre wenn ich zuhause geblieben wäre?“ vollkommen. Ich bin so sicher ein glücklicherer Mensch geworden.

Aber alles hat einmal ein Ende. Mit 65 Jahren hörte ich mit der Mitarbeit im Treffpunkt auf. Mir machte das Autofahren am Abend nach Rohrbach schon sehr zu schaffen. Die KAB-Reisen, das Familien-



treffen der Absolventen vom Betriebsseminar und der Sozialstammtisch bieten ja auch die Möglichkeit, Freundschaften zu pflegen.

Nun zurück zur Scholle: Die Arbeit im Garten bedeutet mir sehr viel. Sie ist für mich Meditation und Freude. Die Farbenpracht der blühenden Blumen und Kräuter, das Wachsen des Obstes und des Gemüses. Diese Freude hält ja dann noch an, wenn ich die Einmachgläser und die gefüllte Tiefkühltruhe sehe. Ich bin recht dankbar, dass Ludwig und ich die Gartenarbeit noch so schaffen und dass wir auch noch so manche ausgedehnte Wanderung im Böhmerwald machen können.

Möge uns diese Kraft noch lange erhalten bleiben. Das hoffe und darum bitte ich, wenn ich am Morgen halbwegs schmerzfrei aufwache. Wenn mich wer fragt: „Wie geht es dir?“, so antworte ich: „Dem Alter entsprechend“. ■

Lore Kniewasser



Edith
Rohrhofer,
Hausfrau,
Linz

Jeder Tag – dein Tag!

Mit wem ich auch zusammenkomme, fast überall wird über Krankheit, Altersbeschwerden, Schmerzen und auch Todesfälle geredet. Im fortgeschrittenen Alter sind auch die Menschen im Umfeld älter und mit verschiedenen Gesundheitsproblemen belastet.

Die Klagen über Aktivitäten, die nicht mehr möglich sind, werden mehr. Da denke ich öfter an einen Ausspruch meiner Mutter. Wenn ich als Kind von der Schule heimkam und jammerte, dass ich in der Turnstunde nicht so gut war wie eine andere, sagte sie nur: „Du kannst dafür etwas anderes besser“. Diese Überlegung kann auch hier angewendet werden. Wenn es auch weh tut, lieb gewordene Tätigkeiten oder einen bestimmten Sport nicht mehr ausüben zu können, so bleibt doch irgendetwas, um die Zeit sinnvoll auszufüllen.

Viel Zeit zum Nachdenken und ein bewußteres Leben bringen Erkenntnisse, die neu sind. Dazu brauche ich aber ein aufmerksames Zuhören und das Wissen, dass es noch etwas zu lernen gibt. Nämlich, dass ich Schmerzen und auferlegte Grenzen annehmen und auch akzeptieren kann, dass die Lebensenergie zusehends schwindet. Das Altern und seine damit verbundenen Einschränkungen sind ein notwendiger Reifungsprozess, der zum vollen Leben gehört. Der Glaube, dass ich mich trotz aller Beschwerden von Gottes Liebe gehalten und getragen weiß, kann ich als großes Geschenk empfinden.

Vor einigen Tagen rief mich eine Bekannte an, die ich schon einige Jahre nicht gesehen hatte. „Wie geht's dir?“ war die Frage von beiden Seiten. Ich erzählte von meinen gesundheitlichen Problemen. Sie darauf: „Dir geht's aber gut. Ich bin schon seit ein paar Jahren blind.“ Da sagte ich nichts mehr. ■

Veränderungen in der Diözesanleitung



Ich bin 1974 in St. Leonhard bei Freistadt geboren und verbrachte dort meine Kindheit auf einem Bauernhof mit vier Geschwistern. Nach der Hauptschule besuchte ich die Hauswirtschafts-

schule (Oblatinnen Linz), bevor ich die Ausbildung zur Diplomkrankenschwester im AKH absolvierte, wo ich mit Unterbrechungen heute noch arbeite. Ab 2004 studierte ich „Soziale Dienstleistungen für Menschen mit Betreuungsbedarf“ an der FH Linz. Seit 2009 bin ich mit Wolfgang verheiratet und wir haben zwei tolle Kinder im Alter von 2,5 und 6 Jahren.

„Jede junge Arbeiterin, jeder junge Arbeiter ist mehr wert als alles Gold der Erde.“ Diese Aussage von J. Cardijn prägte mich als ehrenamtliche Mitarbeiterin der KAJ und noch weiter als hauptamtliche Jugendleiterin im Jugendzentrum ZOOM (Treffpunkt mensch & arbeit Linz-Mitte). In dieser Zeit wurde mir bewusst, wie wichtig der Stellenwert eines Lehrlings, eines Arbeiters/einer Arbeiterin ist und ich setzte mich in den unterschiedlichsten Formen dafür ein. Um weiter an den Themen der Arbeitswelt dran zu bleiben war mein Engagement im Erwachsenen-Bereich vorprogrammiert.

Seit 2003 arbeite ich im Treffpunkt mensch & arbeit Linz-Mitte im Leitungsteam mit, plane und nehme an den unterschiedlichen Veranstaltungen teil. Besonders aufregend finde ich Aktionen auf der Straße, um Menschen auf unterschiedliche Themen aufmerksam zu machen.

Wichtig ist mir, Ungerechtigkeiten aufzuzeigen und die Menschen zu bestärken, das auch zu tun – sich nicht alles gefallen lassen zu müssen und standhaft zu bleiben. Am Reich Gottes zu bauen und die Fülle dessen in die Welt zu tragen.

Es freut mich meine Begeisterung auch in der KAB als stv. ehrenamtliche Vorsitzende beitragen zu können und dabei meinen Horizont zu erweitern. ■

Andrea Praher

Mein Name ist Christian Leonfellner. Ich bin 1968 als Ältester von drei Knaben in Gallneukirchen geboren. Hier fühle ich mich nach wie vor fest verwurzelt.



Mit meiner Frau Christa versuche ich drei Söhne und eine Tochter im Alter zwischen 16 und 7 Jahren zu erziehen. Beruflich beschäftige ich mich als Angestellter im BRZ mit Grafik/Design.

Groß geworden bin ich auf dem Fußballplatz und im Pfarrhof bei der katholischen Jugend, wo einige kritische Geister mein Verständnis von einem gelebten Christentum mitgeprägt haben. Die gemeinsame Auseinandersetzung mit dem Leben Jesu (und was das für uns heute heißt) zu suchen und gegebenenfalls Aktionen zu setzen, haben mein Denken und Tun nachhaltig beeinflusst.

Der Jugend entwachsen stand die Überlegung an: „Wohin mit unserem Drang etwas zu tun, das Sinn macht?“ Das war der Startschuss für unsere KAB Runde (war das 1995?). Wichtig war uns damals und heute noch die Reflexion unseres Lebens. Wo stehen wir? Was brennt uns unter den Nägeln? Wofür brenne ich? Wir wagen den Blick hinaus über unseren Tellerrand in eine Welt, die wir mitgestalten wollen.

Stephane Hessel sprach mir zutiefst aus der Seele, als er zur Empörung und zum Engagement aufrief. Wir dürfen die ungerechte Verteilung der Güter und die Zerstörung unseres Lebensraums nicht hinnehmen. Getragen von der Erfahrung meines eigenen guten Lebens, möchte ich nicht gleichgültig darüber sein, was rund um mich passiert.

Ein gutes Leben in Würde für alle Menschen in einer gesunden Umwelt, das ist es, wofür ich einstehe. Ich möchte meinen Teil zur Verwirklichung dieser Vision beitragen. ■

Christian Leonfellner

Veränderung in den Treffpunkten m&a Braunau und Standort voestalpine

Aufbruch heißt auch: Neues wagen! Ich blicke auf zehn bereichernde Jahre in der Jugendarbeit in Braunau zurück. Hier gab es viele Samenkörner und Pflänzchen



zu säen und zu pflanzen, zu pflegen und zu behüten. Bunt und vielfältig war und ist meine Tätigkeit. Nun wird sie noch bunter! Ich habe die Jugendarbeit reduziert und arbeite seit November 2013 auch in der Betriebsseelsorge in der Erwachsenenarbeit. Ich freue mich schon darauf, auch hier Neues keimen, wachsen und gedeihen zu sehen. Meiner Vorgängerin Martina Lainer danke ich für die gemeinsame gute Arbeit, ich durfte viel von ihr lernen.

Meine Motivation ist die Vielfalt meiner Arbeit, die Basisarbeit – und ihre Überraschungen! Ganz nach dem Motto: „Nehmen wir die Menschen wie sie sind, andere gibt’s nicht!“ (Konrad Adenauer). Meine Schwerpunkte im Treffpunkt mensch & arbeit Braunau sind nun Frauenarbeit, nachgehende Basisarbeit mit jungen Erwachsenen und ein Teil der Vernetzungsarbeit. Administrativ bin ich zuständig für Homepage, Adressverwaltung und Infoaussendung.

Ein vor einigen Jahren für mich selbst formuliertes Glaubensbekenntnis, soll mich in meiner Arbeit begleiten:

Ich glaube an Jesus im Menschen und an das Göttliche in allen Geschöpfen,
... an Mutter Natur, an den hl. Geist im Wachsen und Erwachen eines Menschen,
... an die Liebe, die meine Seele nährt,
... an den Mut der KämpferInnen und an die Stärke der Schwachen,
... an die Kraft der Leidenden und an die Ehrlichkeit im Lachen der Kinder,
... an die Hoffnung und an die Freude,
... an das Gottesreich auf Erden und dass wir gerufen wurden, um zu sehen und zu wirken!

Ich freue mich auf viele Begegnungen! ■
Waltraud Menghin

Vor über 50 Jahren am 23. 2. 1963 geboren, studierte ich – nach dem Gymnasium im Petrinum und im Oberstufenrealgymnasium in der Stifterstraße – in Linz Theologie. Und



machte genau das, von dem wir allen, für die wir Verantwortung haben, abraten: Ich habe meine Ausbildung abgebrochen! Dann war ich beinahe 20 Jahre in der Privatwirtschaft beschäftigt. Vom Kommissionierer über Gabelstaplerfahrer bis hin zum Lagerleiter habe ich verschiedenste Jobs bei mehreren Firmen und Unternehmen gemacht. Ich habe einen erwachsenen Sohn, Lukas ist Baumaschinentechniker und mir ein lieber, aber sehr kritischer junger Freund geworden.

Vor zirka 10 Jahren beschloss ich, mich noch einmal sowohl beruflich als auch grundlegend zu verändern, ich wollte wieder zu meinen Wurzeln und zu meinen ursprünglichen Lebenszielen zurückkehren. Ich arbeitete kurz bei der Lebenshilfe im Wohnhaus Wels und war dann fünf Jahre Jugendleiter und Zentrumsleiter im Jugendzentrum Plateau am Harter-Plateau in Leonding. Um außer dem Staplerschein und einem abgebrochenen Studium einen Berufsabschluss vorweisen zu können, habe ich mein vor vielen Jahren abgebrochenes Studium als etwas älterer Student wieder aufgenommen. Die Philosophisch-Theologische Hochschule ist nun die Katholisch-Theologische Universität und war für mich als „Wiedereinsteiger“ nicht immer einfach. Aber nun stehe ich zu meiner und zur Verwunderung von manch anderem kurz vor dem Abschluss als Bachelor der Religionspädagogik.

Seit Februar darf ich nun im Seelsorgeteam des Treffpunkts mensch & arbeit Standort Voestalpine mitarbeiten und fühle mich dort sehr willkommen! ■

Gunther Gurtner

GUTE ARBEIT IST MENSCHENRECHT

Der Internationale Tag der Menschenrechte am 10. Dez. bot eine gute Gelegenheit, um auf die Arbeitswelt zu blicken, die wesentlichen Merkmale von „Guter Arbeit“ zu diskutieren und für eine bessere Zukunft einzutreten. Im Rahmen eines gemeinsamen Aktionstages von Arbeiterkammer, ÖGB und Katholischer Kirche in Oberösterreich wurden sechs wichtige „Bausteine Guter Arbeit“ der Öffentlichkeit vorgestellt und bei einem Führungskräfte-Treffen der drei Institutionen vertiefend diskutiert.

Deklaration unterstützen!

Was ist gute Arbeit? Es geht um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung, um die Sinnfrage im Arbeitsleben, um Gesundheitsschutz und Planbarkeit, um den Abbau von Leistungsdruck und Entgrenzung, um Würde und Respekt.

Katholische Kirche in Oberösterreich, Arbeiterkammer und ÖGB haben gemeinsam eine Deklaration für gute Arbeit verfasst. Unterstützen Sie dieses wichtige Anliegen mit Ihrer Unterschrift und setzen Sie ein Zeichen!

Jetzt unterstützen auf:
www.gute-arbeit.at



Viele Unterstützungen ermöglichen es, Druck auf die verantwortlichen Stellen auszuüben und nachhaltige Veränderungen in der Arbeitswelt zu bewirken!

Gedanken zum MitarbeiterInnengespräch

Folgende Gedanken gehen mir durch den Kopf: Wer die Motivation vernachlässigt, vergeudet Arbeitskraft. Mich stört seit längerem, dass auf Einwände nicht eingegangen wird, sondern nur abgewürgt und somit ignoriert wird.

Ich habe mit Begeisterung den Artikel über **August Höglinger** „Mitarbeiter motivieren? Funktioniert nicht.“ aus der Zeitschrift „Die Macher“ gelesen.



Ich will von den Menschen geachtet werden, die von mir Achtung erwarten. Aus dieser Achtung vor anderen und vor mir ergibt sich die Grundformel der Selbstachtung! Auf dieser wieder

baut das Ernstnehmen meiner selbst und der eigenen Leistung auf. Von dieser Würdigung hängt so viel ab.

Führen heißt, eine Richtung weisen: Ganz klar zeigen, was will ich, was habe ich vor. Wenn auf die Frage „Gehst du da mit?“ mit „ja“ geantwortet wird, dann ist Motivation vorhanden. Nun muss darauf geachtet werden, nicht zu demotivieren. Als Vergleich könnte man eine Wandergruppe hernehmen. Alle haben sich entschieden, gemeinsam einen Wanderweg zu gehen. Plötzlich entscheidet jemand, nun doch einen anderen Weg zu nehmen, ohne zu fragen, ob die anderen dazu bereit sind. Genau das führt zur Demotivation. Auf ein Unternehmen umgelegt bedeutet das: Wenn Arbeitskräften etwas versprochen und dann nicht gehalten wird, demotiviert das. Da helfen keine Methoden wie Bestrafung, Belohnung, Anreize oder Manipulation – zumindest ganz sicher nicht langfristig. Es gibt Aussagen, Arbeitskräfte würden freiwillig nur weniger als 50 % ihrer Energie für den Job hergeben. Da stellt sich die Frage: Warum geht einem am Arbeitsplatz die Puste aus, während in der Freizeit Elan für diversen Sport und ehrenamtliche Vereine (ohne Bezahlung) vorhanden ist? Liegt das an der Anerkennung, die man dort bekommt und im Job vielleicht nicht?

August Höglinger führt im o. a. Artikel „Mitarbeiter motivieren? Funktioniert nicht“ aus: Was bedeutet anerkennen? Zerlegt

man das Wort, dann steckt darin zum Einen KENNEN, zum anderen ERKENNEN. Wer seine Arbeitskräfte kennen möchte, der muss sich für sie interessieren. Und das heißt, ein Gefühl dafür zu bekommen, was der Arbeitskraft wichtig ist. Braucht er/sie Sicherheit, weil privat etwas neu gestaltet wird? Braucht es flexible Arbeitszeiten, weil Kinder zu erziehen sind und vieles mehr? MitarbeiterInnengespräche zu führen ist eine gute Basis, man muss aber immer im Gespräch bleiben und nachfragen, wie es ihr/ihm geht. Es geht darum, nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch den Menschen dahinter zu KENNEN.

Und: Als Führungsperson muss ich beim Rundgang durch den Arbeitsbereich ERKENNEN, wenn jemand etwas gut macht. Die Realität ist leider oft nur eine Suche nach Fehlern. Natürlich gehört es auch dazu, Missstände anzusprechen, allerdings sachlich und persönlich. Im Idealfall bittet man dann die handelnden Arbeitskräfte um Lösungsvorschläge. Wichtig ist es sicherlich beides wahrzunehmen, Fehler genauso wie gute Leistung. ■

Franz B., Lagerarbeiter

Walk & Talk

Nebel in den Traun-Auen. Frauen beim Walken. Ihre Herkunft ist unterschiedlich, das Ziel das gleiche. Sich kennenzulernen beim gemeinsamen Gehen; plaudernd. Walk & Talk ist ein gemeinsames Projekt von Treffpunkt mensch & arbeit Wels und dem Integrationsbüro der Volkshilfe. Monatlich wird so – gemeinsam mit anderen Vereinen und Organisationen – Austausch und gegenseitiges Kennenlernen ermöglicht. Zuerst Bewegung, dann ein Zusammensitzen bei Kaffee und Tee. Der nächste Walk & Talk ist am 4. April.



Termine:

Betriebsbesuch Tigerwerk,
Negrellistr., Führung und Gespräch mit Betriebsrat
Di., 1. 4., 17.00 Uhr

Walk & Talk für Frauen im Rahmen von Respekt & Toleranz, Fr., 4. 4., Treffpunkt Otto Löwi Siedlung, 16.00 – 18.00 Uhr, außerdem am Mo., 26. 5. und Mo., 30. 6., jeweils andere Treffpunkte

Osterbesinnung,
Fr., 4. 4., 19.30 Uhr

Filmabend
Di., 8. 4., 19.30 Uhr

Die Krise der Demokratie,
Alter Schlachthof Wels, Dr. Ulrich Brand, Mo., 28. 4., 19 Uhr

Tag der Arbeitslosen ab 9.00 Uhr faires Frühstück, AMS Wels, Mi., 30. 4.

„Mehr Demokratie“
Alter Schlachthof Wels, Mag. Erwin Leitner, Mo., 5. 5., 19.00 Uhr

Aktion Freier Sonntag macht glücklich, Welas Park, Ginzkeystr.
Do., 15. 5., 14.00 – 18.00 Uhr

Demokratie und EU
Alter Schlachthof Wels, Alexandra Strickner, Do., 15. 5., 19.00 Uhr

Radtour, So., 18. 5., 13.00 Uhr, Ersatztermin 1. Juni

ATTAC Regionalgruppe
Mo., 19. 5., 16. 6., 21. 7., 19.00 Uhr

Bibelkreis
Di., 22. 4., 13. 5., 17. 6., 19.30 Uhr

Diskussionsrunde Forum Attac
21. 7., 19.30 Uhr

Frühstück
Mi., 2. 4., 7. 5., 4. 6., 2. 7., 9.00 – 11.00 Uhr

Abendtreff für Lehrlinge und Ausgelernte
Mi., 9. 4., 14. 5., 11. 6., 18.30 Uhr

Bergwandertag, So., 25. 5.,
Grillfest, Fr., 27. 6., 17.00 Uhr

Weitere Informationen im Treffpunkt.

Treffpunkt mensch & arbeit

Braunau 07722/65 632
mensch-arbeit.braunau@dioezese-linz.at

Ökumenische Bibelabende
mit Jan Lange, Evangelische Pfarre
Mi., 23. 4., 28. 5., 25. 6., 19.30 Uhr

Lesen am Abend
Mi., 9. 4., 14. 5., 11. 6., 19.30 Uhr

Terrassenfest
Fr., 27. 6., 18.00 Uhr

Treffpunkt mensch & arbeit

Vöcklabruck 07672/22 036
mensch-arbeit.voecklabruck@dioezese-linz.at

Sprech-Café für Frauen aus aller Welt
Fr., 21. 3., 4. 4., 15.00 – 17.00 Uhr

„Wenn die Nacht keine Tür hätt ...“
Sa., 22. 3. 2014, 19.30 Uhr, Konzert vom
Vokal- u. Instrumentalensemble Mira

Mit Leib und Seele singen, Di., 25. 3.,
27. 5., 19.00 Uhr, Franziska-Wimmer-
Saal der Franziskanerinnen, am 29. 4.
im Treffpunkt

Walking-Gruppe für Frauen, wöchent-
lich montags ab 31. 3., 17.00 Uhr, Treff-
punkt beim Brunnen in der Dürnau/Ecke
E-Werk-Straße

Interkultureller Frauentreff,
Fr., 9. 5., 17.00 Uhr, Franziskanerinnen
Vöcklabruck

Frauenausflug nach Salzburg,
Sa., 17. 5.

Treffpunkt mensch & arbeit

Linz-Mitte 0732/65 43 98
mensch-arbeit.linzmitte@dioezese-linz.at

„Im Gespräch – Junge Erwachsene
reden über Arbeit, die ihnen Sinn
gibt!“, zwei Abende für 20 – 35 Jährige,
Di., 1. 4. und 15. 4., 18.30 Uhr

Auferstehungsfeier
Sa., 19. 4., 16.00 Uhr

Maiaufmarsch Do., 1. Mai, 9.00 Uhr
Treffpunkt ÖBB Direktionsgebäude im
Volksgarten in Linz, im Anschluß gem.
Grillen im Cardijnhaus

Intern. Befreiungsfeier in Mauthausen,
So., 11. 5., ab 10.00 Uhr

Gemeinsamer Ausflug mit Betriebsseel-
sorge Herzogenburg ins Burgenland
Sa., 31. 5. – So., 1. 6.,

Sommerfest im Cardijnhaus, Musik und
Gemütlichkeit, Do., 26. 6.

KAB & Betriebsseelsorge OÖ

0732/7610-3631
mensch-arbeit@dioezese-linz.at

Einfach gehen
Johannesweg im Mühlviertel
So., 13. – Mi., 16. 7.

Frauenwochenende in Bad Dachsberg
Meine Freiräume – meine Sehnsüchte,
Sa., 17. – So., 18. 5.

Pro und Contra, Diskussionsvormittag
für Frauen, Thema: Gesundheit(s-Markt)
Sa., 28. 6., 9.00 Uhr, Cardijn Haus

Treffpunkt mensch & arbeit

Nettingsdorf 07229/88 015
mensch-arbeit.nettingsdorf@dioezese-linz.at

Palmsonntagsfeier
So., 13. 4., 11.15 Uhr

**Wider das Vergessen, „Schubladen“
Geh-denken 2014**
In Erinnerung d. Ermordeten der Todes-
märsche der ungarischen Jüdinnen und
Juden

Mi., 23. 4., 18.00 Uhr, Kremsbrücke,
Gh. Stockinger,
VA: Plattform Wider das Vergessen

Filmabend: „Stadt ohne Juden“
Mi., 23. 4., 19.30 Uhr

Frauenfilmabend
Do., 24. 4., 19.30 Uhr

Impro-Theater-Workshop
Mo., 5. 5., 2. 6., 19.00 – 21.00 Uhr
mit Impro Mike, Beitrag: 10 Euro pro
Person, Anmeldung bis 28. 4.

Schreibwerkstatt
Do., 15. 5., 3. 7., 19.00 – 21.00 Uhr
Begl.: Ilse Lorenz, Anmeldung erbeten

Treffpunkt mensch & arbeit

Rohrbach 07289/88 11
mensch-arbeit.rohrbach@dioezese-linz.at

Konzert zum Mitsingen
Die Chor-i-feen laden ins TUK Haslach,
Sa., 29. 3., 20.00 Uhr

**Straßenaktion zum Tag der Arbeitslo-
sen**, Stadtplatz Rohrbach
Mi., 30. 4., 10.00 – 13.00 Uhr

**Bittprozession zu einem
Betrieb in Sarleinsbach**
Mo., 26. 5., 19.00 Uhr

Tua da koan Zwang an
Forumstheater an öffentlichen
Plätzen in der Gemeinde
Aigen/Schlägl
Mi., 18. 6., 9.00 – 21.00 Uhr

Treffpunkt mensch & arbeit

Steyr 07252/75 929
mensch-arbeit.steyr@dioezese-linz.at

FrauenFrühstück
jeden Mittwoch außer Ferienzeiten
8.30 – 11.00 Uhr

Singwerkstatt
Di., 8. 4., 19.30 Uhr
und jeden zweiten Dienstag im Monat

Gründonnerstagsliturgie
Do., 17. 4., 19.30 Uhr

Tag der Arbeitslosen
Do., 24. 4., Aktion am Stadtplatz in Steyr

ATTAC Regionaltreffen
Di., 29. 4., 19.00 Uhr
und jeden letzten Dienstag im Monat

Yogaabend
Fr., 16. 5. und 27. 6., 19.00 – 21.00 Uhr,
einzeln buchbar!

Yogahalbtag
Sa., 17. 5. und 28. 6. jeweils 9.00 – 14.00
Uhr, einzeln buchbar!

Lange Nacht der Kirchen
Fr., 23. 5., Informationen:
www.langenachtderkirchen.at

Aktionsakademie von ATTAC
28. 6. bis 1. 7.,
Die Aktionsakademie will dem kreativen,
gewaltfreien Ausdruck in einer gelebten
Demokratie eine Bühne bieten und auf-
zeigen, was es neben Infoständen und
Demoszügen noch an Aktionsformen gibt.

**40 Jahre Treffpunkt
mensch & arbeit Steyr**
Fr., 10. und Sa., 11. 10.,

Treffpunkt Pflegepersonal

0732/79 75 04
mensch-arbeit.pflegepersonal@dioezese-linz.at

Spiritualität im Alltag als Ressource
Do., 3. 4., 18.00 – 21.00 Uhr

Gewaltfreie Kommunikation
Do., 24. 4., 9.00 – 17.00 Uhr,
Ref.: Gertraud Leitner-Fischlauer
Anmeldeschluss: 10. 4. 2014,